

vpod

bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Privatisierung von Bildung

Freie Schulwahl
Kapital und Ideologie

Regionalteil Bern

vpod BERN lehrberufe

Regionalteil beider Basel

GE vpod basel lehrberufe

Sektion Zürich Lehrberufe

vpod
zürich

Pflichtlektion



Zeitschrift für
Bildung, Erziehung
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 214
Dezember 2019

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: vpod-bildungspolitik.ch

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)

Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn

Titelseite Foto: view7 / photocase.de

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 215:

6. Januar 2020

Auflage Heft 214: 2800 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Michela Seggiani, Béatrice Stucki, Ruedi Tobler, Peter Wanzenried, Kerstin Wenk

Beteiligt an Heft 214

Jacqueline Büchi, Fitzgerald Crain Kaufmann, Mireille Gugolz, Barbara Heuberger, Hans Joss, Chantal Magnin, Samuel Maurer, Marianne Rychner, Linda Stibler, Martin Stohler, Marcel Straub, Rahel Straub, Susann Wach

Privatisierung

Privatisierung im Bildungssystem hat viele Gesichter. Gemeinsam ist diesen, dass sie die Ungleichheit der Lebenschancen erhöhen.

04 Für gute öffentliche Bildung!

Der VPOD engagiert sich seit langem für die Qualität des öffentlichen Bildungssystems.

05 Selbstbestimmung? Freie Schulwahl? Bildungsvielfalt?

Kritische Gedanken zur Privatisierung in der Bildung.

10 Beschädigung der öffentlichen Schule

Welche Folgen hätte die Einführung von Bildungsgutscheinen?

12 Gute Gründe...

...für öffentliche Bildungsinvestitionen und progressive Steuern stellt Thomas Piketty in seinem neuen Buch «Capital et Idéologie» dar.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Abbau und Neuausrichtung der kantonalen Erwachsenenbildung
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Ein Interview mit Yvonne Tremp und Sophie Blaser
- Mehr Zeit, mehr Lohn, mehr Respekt! Ein Bericht vom VPOD-Kongress 2019 in St. Gallen
- 10ni-Pause

Aktuell

19 Sterndeutung als Symptom

Was Astrologie mit den laufenden Schulreformen zu tun hat.

20 Wie und wem Schule schadet

Und wie dies vermieden werden könnte.

21 Kinder besser schützen – auch in der Familie

Immer noch gelten Schläge als legitimes Erziehungsmittel – das muss sich ändern!

22 Schule in Bewegung

Spiele für Unterricht und Pausen.

Film und Buch

24 FIFO – Abgelaufen

Ein Film über Dilemmata und Entscheidungen.

26 Konträre Einschätzungen

Zwei Bücher von Paul Mason, zwei Rezensenten.

Lehrberufe Bern

28 Vereint unter einem Dach

Regel- und Sonderschulbildung werden in Bern zusammengeführt.

Basel Lehrberufe

29 – 31 Regionalteil beider Basel

- PH an der FHNW
- Im Portrait: Maneva Tafanalo Salaam
- Klassengrößen und Kleinklassen
- Politik als Unterrichtsfach



Vom 8. bis 9. November 2019 fand in St. Gallen der 48. Kongress unserer Gewerkschaft statt. Zwei Tage lang diskutierten 400 Delegierte und Gäste intensiv über Belastungen am Arbeitsplatz und Fragen des gewerkschaftlichen Handlungsbedarfs und Aufbaus. Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Lasst uns unsere Arbeit machen!» kritisiert der VPOD branchenübergreifend die massive Zunahme des Dokumentationsaufwands am Arbeitsplatz, dessen Ursache oft die Ausgliederung von öffentlichen Betrieben ist bzw. die damit verbundenen Finanzierungssysteme. Ausbaden muss dies insbesondere das Personal im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich, das durch die Zunahme bürokratischer Pflichten von seiner Kernarbeit abgehalten wird.

Ein weiteres Positionspapier, das «Thesen zu Europa» formulierte, respektive aus gewerkschaftlicher Perspektive das Verhältnis der Schweiz zur EU und die Bedingungen für ein Rahmenabkommen mit der EU umriss, wurde von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Diese wollte unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass der VPOD voll und ganz die «roten Linien» des SGB mitträgt, sodass die Delegierten vier Leitlinien verabschiedeten: 1. Der VPOD stellt sich klar gegen die Kündigungsinitiative der SVP, 2. Der VPOD lehnt das vorliegende Rahmenabkommen ab, 3. Beim Lohnschutz ist der VPOD nicht zu Kompromissen bereit, 4. Angriffe auf den Service public wird der VPOD nicht hinnehmen.

Punkt 1 war sinngemäss bereits am Tag zuvor auf Antrag 15.08 der Migrationskommission hin beschlossen worden, der die SVP-Initiative als «Entrechtungsinitiative» bezeichnete. Die durch das Personenfreizügigkeitsabkommen erreichte Verbesserung der rechtlichen Situation von migrantischen Arbeitnehmenden aus der EU hatte Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin und wiedergewählte Nationalrätin, schon in ihrer Eröffnungsrede als Errungenschaft gewürdigt, die es auch auf Arbeitnehmende aus Nicht-EU-Staaten auszuweiten gelte.

Die offene und solidarische Haltung des VPOD mit Migrantinnen und Migranten zeigte sich auch in der Annahme weiterer Anträge: 15.07 der Sektion Lehrberufe Zürich bekräftigte das Engagement des VPOD für die Integration herkunftssprachlichen Unterrichts in die öffentliche Schule und forderte EDK wie Kantone auf, entsprechende Schritte zu unternehmen. Sowie der kommissionsübergreifende Antrag 15.08 «Fortführung der Forderungsbewegung: Recht auf Bildung für Geflüchtete durchsetzen!» Mit letzterem wird gewährleistet, dass die mit der Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration, Emanzipation» (September 2019) begonnene Lobbyarbeit für die Umsetzung des Rechts auf Bildung für Geflüchtete weitergeführt und die dafür nötigen Ressourcen bereitgestellt werden.

Ein Höhepunkt des Kongresses war fraglos der Auftritt von VertreterInnen der «Klimajugend», die für den 15. Mai 2020 zu einem landesweiten Klimastreik aufrufen – mit dem Ziel, dass die Behörden den Klimanotstand erklären, um bis 2030 CO₂-Neutralität zu erreichen. Zur Unterstützung dieses Klimastreiks verabschiedete der VPOD eine Resolution, mit der am 15. Mai zum landesweiten Streik für Klima- und soziale Gerechtigkeit aufgerufen wird.

Jetzt, nach dem Kongress, gilt es, die Beschlüsse umzusetzen. Für unsere Zeitschrift bedeutet dies, dass die Schwerpunkte der nächsten Nummern «Bildung für Geflüchtete» (215) und «Klimastreik» (216) lauten werden.

Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

Privatisierung von Bildung

Seit 1983 gab es in verschiedenen Kantonen immer wieder Volksinitiativen zur Einführung einer «freien Schulwahl». Zuletzt wurde 2012 in Zürich ein entsprechender Vorstoss von den StimmbürgerInnen mit einer Mehrheit von circa achtzig Prozent abgelehnt.

Doch die «Elternlobby Schweiz» lässt sich davon nicht beirren: In elf Kantonen sammelte sie im letzten Jahr Unterschriften für Petitionen mit dem Titel «Bildungswahl für alle statt für wenige». Diese sollen Ende November den Behörden übergeben werden (nach Redaktionsschluss). Die Petitionen propagieren ein Konzept, das unsere öffentlichen Schulen schwächen würde. Sie fordern, dass Steuermittel an Privatschulen fliessen sollen, in Form von «Schülerpauschalen» – also Subjektfinanzierung. Diese finanziellen Mittel würden dann unseren öffentlichen Schulen fehlen.

Doch damit nicht genug des Schadens: Durch die als Folge von Wahlfreiheit entstehende Segregation wiederum würden gerade die Kinder von sozial

benachteiligten Familien an den öffentlichen Schulen verbleiben. Für deren Förderung ständen dann weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Die Volksschule als Restschule würde jedoch darüber hinaus immense gesellschaftliche Kosten erzeugen: Studien zeigen, dass Wahlfreiheiten nochmals die für Bildungssysteme chronische Reproduktion sozialer Ungleichheit verstärken. Bildungsnahe Eltern hätten aufgrund ihrer Werte und ihres Wissensvorsprungs noch mehr Möglichkeiten, ihren Kindern privilegierte Bildungswege zu ermöglichen.

«Freie Schulwahl» ist kein Menschenrecht, wie es die «Elternlobby Schweiz» suggerieren möchte, sondern ein Mittel zur Verfestigung einer «Parentokratie», in der die soziale Herkunft immer stärker über die Bildungswege von Kindern und Jugendlichen entscheidet. Der VPOD wird sich auch zukünftig dafür engagieren, dass derartige Modelle nicht mehrheitsfähig werden und sich stattdessen für eine gute Qualität der öffentlichen Schule als einer Schule für alle einsetzen!



Selbstbestimmung? Freie Schulwahl? Bildungsvielfalt?

Kritische Gedanken zur Privatisierung in der Bildung.
Von Fitzgerald Crain Kaufmann¹



Eltern sollen, so fordert z.B. die «Elternlobby» in einer Petition², die für ihr Kind geeignete Schule wählen können, sei es eine öffentliche, sei es eine private. Wählen sie eine private Schule, erhalten sie vom Staat pro Kind den gleichen Betrag, den der Staat für ein Kind in der öffentlichen Schule ausgeben würde. Das sei eine Sache der sozialen Gerechtigkeit. Zudem sind die Initiantinnen und Initianten überzeugt, dass man der «staatlichen Einheitsschule» eine vielfältigere Schullandschaft entgegenstellen müsse. Mehr Wettbewerb zwischen den

Schulen führe zu besserer Bildungsqualität. Was ist von der Forderung nach freier Schulwahl und Wettbewerb zwischen den Schulen zu halten?

Die Initiantinnen und Initianten argumentieren mit der Forderung nach Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Damit üben sie Kritik an der öffentlichen Schule. Aber ist Kritik an der öffentlichen Schule nicht berechtigt? Aus einer linken Perspektive kritisieren wir, dass Schulen zunehmend zu Unternehmen werden, Schülerinnen, Schüler und ihre Angehörigen damit

zu Klienten. Bildung wird tendenziell zur Ware. Sie wird verdinglicht und verliert ihren emanzipatorischen Charakter. Wir lehnen flächendeckend angewandte standardisierte Leistungstests nach dem Muster von PISA ab, auch wenn sie mit der individuellen Förderung des Kindes begründet werden. Gefördert werden jedoch eher Konkurrenzdenken, «Teaching to the Test» bzw. «Learning to the Test.» Gefördert wird die Reduktion von umfassender Bildung auf das, was nützlich ist. Gefördert wird ein normiertes Denken.³ Kritisch beurteilen wir auch die Digitalisie-

rung im Unterricht, wenn sich Lehrerinnen und Lehrer aus dem Beziehungsgeschehen herausnehmen und zu blossen Coaches und Lernbegleitern werden. Solche Entwicklungen widersprechen dem Ziel der Bildung, Kinder in ihrem emanzipatorischen Potenzial zu stärken. Eigenständiges Denken, Autonomie, soziale und kreative Fähigkeiten werden gerade nicht gefördert. Trotz dieser kritischen Sicht bejahen wir das öffentliche Schulsystem. Wir stehen der Privatisierung, damit auch der Idee der Bildungsgutscheine und des Wettbewerbs unter den Schulen kritisch gegenüber. Dies soll im Folgenden begründet werden.

In einem ersten Teil befassen wir uns mit der Idee der freien Schulwahl, die auf dem Konzept der Bildungsgutscheine beruht, wie es von Milton Friedman bereits in den 1950er Jahren propagiert wurde. Was spricht gegen die freie Schulwahl? Was spricht gegen den Wettbewerb zwischen den Schulen?

Wir verstehen «Privatisierung» in einem umfassenden Sinn. Sprechen wir von Privatisierung, so meinen wir die quantitative Zunahme von privaten Bildungsinstitutionen im Verhältnis zu öffentlichen. Wir verstehen darunter aber auch den Zugriff von privaten, oft global agierenden Unternehmen auf das Bildungssystem. Drittens meinen wir, wenn wir von Privatisierung sprechen, die zunehmende Bedeutung einer privaten Bildungsindustrie im Bereich der Testentwicklung, des Nachhilfeunterrichts, der Prüfungsvorbereitung usw. Viertens verstehen wir unter Privatisierung den Einfluss privater Stiftungen auf die bildungspolitische Entwicklung.

Von diesem umfassenden Verständnis ausgehend diskutieren wir im dritten Teil des Beitrags die Privatisierung im Kontext einer von neoliberalen Bestrebungen geprägten Bildungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, das Bildungssystem im ökonomistischen Sinn umzubauen.

Was spricht gegen die freie Schulwahl und den Wettbewerb zwischen den Schulen?

1. Dazu muss zuerst die Frage beantwortet werden: Was spricht *für* die öffentliche Bildung? In der öffentlichen Schule begegnen sich im idealen Fall Kinder und Jugendliche mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen kognitiven, sozialen oder körperlichen Voraussetzungen. In der öffentlichen Schule lernen Kinder gemeinsam, hier tauschen sie sich miteinander aus und hier

lernen sie zu kooperieren. In der öffentlichen Schule lernen sie eine Balance zu finden zwischen den eigenen Bedürfnissen und dem Wohl der anderen – der Klasse, der Schule, der Menschen in der ausserschulischen Welt. Die öffentliche Schule verkörpert somit im Idealfall ein Stück gelebte Demokratie. Sie ist demokratisch legitimiert und sie kann durch die Gesamtgesellschaft mitgestaltet und verantwortet werden.

2. Das Ziel einer Schule muss es sein, eine gute Schule zu werden, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen, Lehrer und Fachpersonen, der Angehörigen, der Gesellschaft. Das Ziel der einzelnen Schulen und ihrer Schulentwicklung kann es nicht sein, besser als andere zu werden. Bildung als sowohl emanzipatorischer als auch solidarisch-kooperativer Prozess kann dem Konkurrenzprinzip nicht unterworfen werden, ohne dass sie in ihrer Substanz gefährdet wird.

3. Der Wettbewerb hat zur Folge, dass die Schulen um ihre Klientel werben müssen. Die Schule wird zu einem Dienstleistungsunternehmen. Die Schülerinnen und Schüler und ihre Angehörigen werden zu Kunden, deren Ansprüche von den Lehrerinnen und Lehrern erfüllt werden müssen. Die Schulen werden damit von den Kundenwünschen allzu sehr abhängig. Das wirkt sich tendenziell auch auf die Beurteilungen schulischer Leistungen aus, da Lehrerinnen und Lehrer unter Umständen aus Sorge um den «Marktwert» der Schule davor zurückschrecken, Leistungen einzufordern und kritische Rückmeldungen zu geben.⁴

4. Wenn Schulen miteinander im Wettbewerb stehen und Eltern die Wahlmöglichkeit haben, aufgrund welcher Kriterien entscheiden sich die Familien für welche Schule? Ausschlaggebend wird tendenziell die äusserliche Form, in der sich eine Schule darstellt, wie sie ihr Angebot definiert, wie sie sich verkauft. Mitentscheidend ist, welche zeitlichen und finanziellen Mittel einer Schule für ihre Selbstdarstellung im Bildungsmarkt zur Verfügung stehen.

6. Auch in einem Land wie Schweden, das die Idee der Bildungsgutscheine umgesetzt und entsprechende Sicherungen eingebaut hat, verstärkt sich die Segregation zwischen guten und weniger guten Schulen bzw. zwischen materiell besser und materiell schlechter gestellten Familien.⁵

7. Nicht zuletzt: Der Staat trägt gemäss Verfassung die Gesamtverantwortung für schulische Bildungsinhalte und schulische Qualität. Das gilt auch für die privaten Betreiber. Sie werden eine grosse Zahl von Regeln einzuhalten haben, viele Fragen bleiben offen: Sind private Schulen verpflichtet, alle Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, die einen Bildungsgutschein vorweisen? Können sie darüber hinaus Kostenbeiträge

von den Eltern einfordern, was nach marktwirtschaftlicher Logik das wirksamste Mittel darstellt, um eine übergrosse Nachfrage zu dämpfen? Wer kommt finanziell für Neubauten, Umbauten, Renovationen auf? Wie steht es mit der Planungssicherheit? Die Einführung von Bildungsgutscheinen würde zu bürokratischen Endlosdiskussionen führen.

Vier Aspekte dessen, was wir unter Privatisierung verstehen

1. Private Schulen nehmen quantitativ auf Kosten der öffentlichen Schule zu

Die Zunahme der privaten Schulen im Vergleich zur öffentlichen Schule lässt sich am Beispiel der US-amerikanischen Entwicklung beobachten. Bis in die 1980er Jahre hinein war das öffentliche Bildungswesen allgemein anerkannt, wobei private Schulen und Hochschulen allerdings immer schon eine grosse Bedeutung hatten. Unter Reagan wurde die neoliberal ausgerichtete Reformbewegung erfolgreicher. Seither nehmen die privaten und halbprivaten Schulen (Charter Schools) an Bedeutung zu, während Anzahl, Niveau und Anerkennung der öffentlichen Bildungsinstitutionen sinkt.⁶ Die Zahl der privaten Schulen nimmt aber nicht nur in den USA, sondern weltweit zu. Es sind verschiedene Faktoren, welche die Zunahme an privaten Schulen verantworten.

- Private Bildungsangebote nehmen zu, weil sie grosse Profite versprechen. Zunehmend bewegen sich profitorientierte Bildungskonzerne im Bildungsmarkt. Die NZZ berichtete 2014 unter dem Titel «Privatschulen für Arme» von einem profitorientierten südafrikanischen Bildungskonzern mit 30'000 Kindern in 32 Schulen. In Schweden expandiert der Bildungskonzern Kunskaapsskolan auch nach Indien, Holland oder Saudi-Arabien und die AcadeMedia-Gruppe unterrichtet fast 66'000 Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene in 36 Schulen und Weiterbildungszentren.⁷ Ein aktuelles Beispiel ist Liberia, wo das vollständige Schulsystem an einen US-amerikanischen Investor verkauft wurde.⁸

- Hinter der Idee der Privatisierung steht eine staatskritische neoliberale Philosophie, wie sie z.B. in der Bildungspolitik des in Zürich beheimateten Liberalen Instituts vertreten wird.⁹

- Private Bildungsinstitutionen sind auf das Versagen vieler Staaten zurückzuführen, ein gutes öffentliches Bildungssystem aufzubauen bzw. zu erhalten. Private profitorientierte

Schulen treten an die Stelle einer qualitativ ungenügenden öffentlichen Schule, kirchliche Schulangebote mit einer fürsorglichen, tendenziell missionarischen Motivation ersetzen ein kaum existentes staatliches Bildungssystem.

Was motiviert Angehörige, Schülerinnen und Schüler, eine private Schule zu wählen?

- Private Schulen werden gewählt, weil man sich sozial abgrenzen bzw. den Kindern einen Vorsprung in der Berufskarriere ermöglichen will. Die Qualität einer Schule wird heute für Eltern vielfach daran gemessen, wie gut sie dem eigenen Kind einen Vorteil in der von Ungleichheit bestimmten Leistungsgesellschaft verschafft. Eltern können sich für eine bestimmte Schule entscheiden, weil sie sich mittels Bildung – bzw. der Bildung ihrer Kinder – von anderen abgrenzen wollen. Es

geht bei der Wahl der Schule tendenziell um Status, Statussicherung und Statusweitergabe an die eigenen Kinder.

- Private Schulen entstehen als Reaktion auf Entwicklungen innerhalb der Staatsschule, denen Eltern und Lehrpersonen kritisch gegenüberstehen (Leistungs- und Anpassungsdruck, Hauptgewicht auf kognitiver Entwicklung).

- Religiöse (jüdische, muslimische, christliche) Schulen werden gewählt, weil die Familien ihre religiöse Tradition und Zugehörigkeit beibehalten wollen.

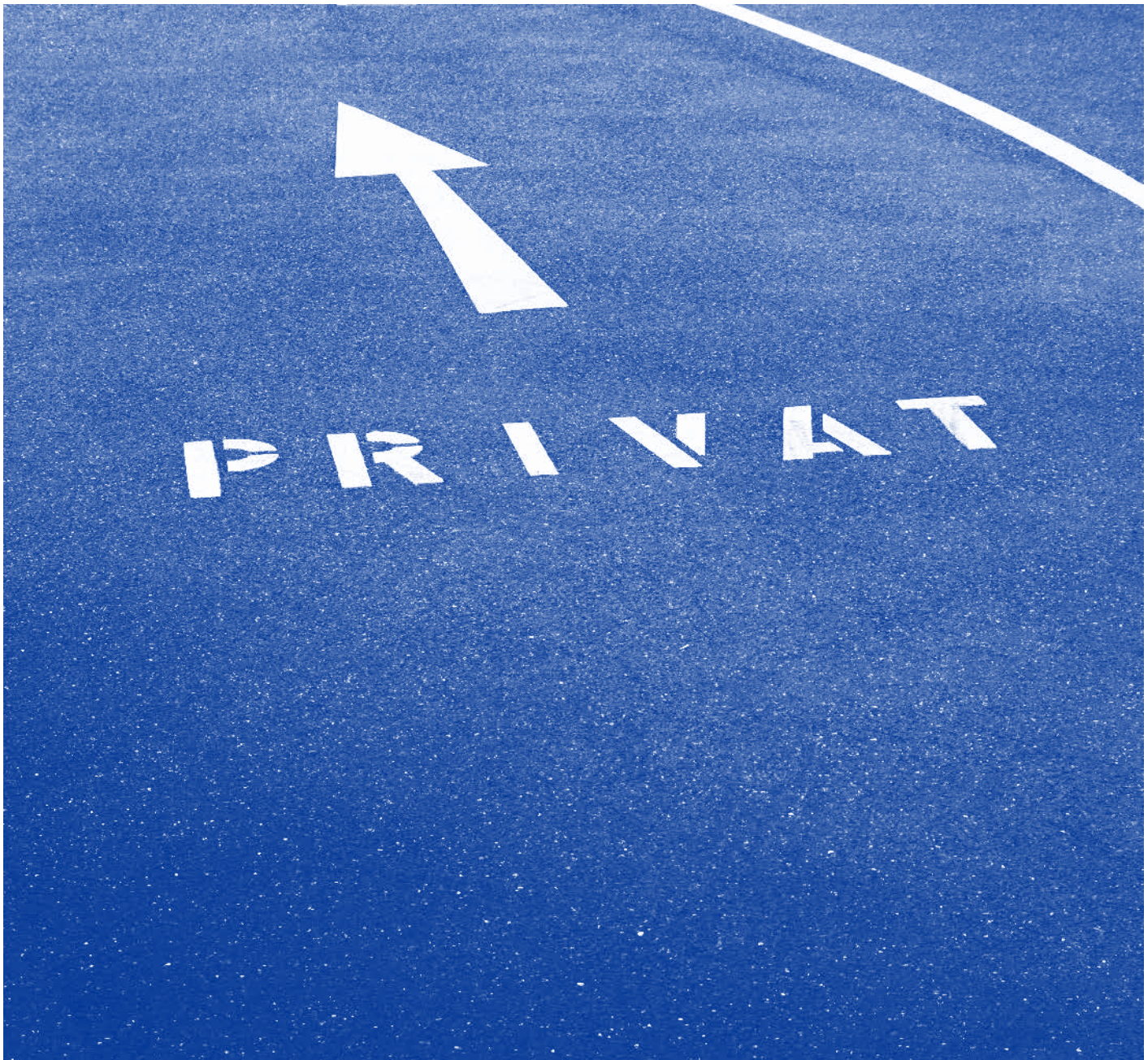
Die Zahl der privaten Schulen in der Schweiz ist relativ gering. Dabei unterscheiden sich Kantone und Gemeinden teilweise stark voneinander. Während die Zahl der Kinder in Privatschulen in mehreren Kantonen weniger als ein Prozent betrifft, sind

es in Basel-Stadt circa zehn Prozent, in Genf circa 16 und in reichen Gemeinden wie Zumikon oder Erlenbach bis zu 25 Prozent.¹⁰

In diesen Zahlen wird jedoch zwischen profit- und nicht-profitorientierten Schulen nicht unterschieden.

2. Zugriff globaler Unternehmen auf das Bildungssystem

Mit Privatisierung meinen wir zweitens den direkten sowie indirekten Zugriff auf die Bildung durch grosse Unternehmen, die nicht primär Bildungsunternehmen sind. Direkt ist der Zugriff, indem die Unternehmen selbst Schulen gründen und führen, indirekt indem sie (Apple, Google z.B.) den Schulen – auch den öffentlichen Schulen – Computer und Software zur Verfügung stellen und dadurch auch inhaltlich Einfluss nehmen.¹¹



3. Die Bedeutung der paraschulischen Bildungsindustrie nimmt zu

Mit Privatisierung meinen wir drittens eine immer bedeutsamer werdende private Bildungsindustrie im Bereich der Testentwicklung, der Testdurchführung, der Beratung, des Nachhilfeunterrichts und der Vorbereitung auf Prüfungen. PISA beispielsweise ist ein grosses Geschäft¹² für verschiedene internationale Konzerne, die an der Testentwicklung und der Auswertung beteiligt sind. Auch in der Schweiz sind Angebote in privater Nachhilfe, Testvorbereitung, Prüfungstraining von zunehmender Bedeutung. In den Jahren 2011/2012 besuchten über 34 Prozent der Schweizer Jugendlichen in der 8./9. Klasse bezahlten Nachhilfeunterricht und der Trend hält unvermindert an¹³.

4. Private Stiftungen nehmen Einfluss auf die Bildungspolitik

Mit Privatisierung meinen wir viertens den Einfluss grosser privater Stiftungen im Bildungswesen (Melinda und Bill Gates-Stiftung oder Rockefeller Foundation in den USA, Bertelsmann-Stiftung in Deutschland, die in Zürich beheimatete Jakobs Foundation und viele andere). Der ehemalige Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor beispielsweise setzt sich als Mitglied der Jakobs-Stiftung und beeinflusst von den US-amerikanischen Reformen für die innere Umgestaltung des schweizerischen Bildungssystems ein. Dazu gehört die Förderung so genannter Bildungslandschaften in öffentlichen Schulen oder die Einrichtung digitalisierter Versuchsklassen wie in Amriswil, in denen die Individualisierung unter dem Titel des selbstorganisierten Lernens praktiziert wird.¹⁴

Privatisierung gesehen im Kontext eines radikalen Umbaus des Bildungswesens

Von diesem umfassenderen Privatisierungsverständnis ausgehend formulieren wir die folgende These: Man kann eine «Bildungsoffensive», die (Wahl-)freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht aus einer umfassenden bildungspolitischen Reformbewegung herauslösen, die bereits in den 1960er Jahren von der OECD angestossen wurde und deren globaler Einfluss seit den 1980er Jahren immer mehr gewachsen ist. Privatisierung ist Teil eines Reformprogramms, das den Charakter eines Paradigmenwechsels be-

sitzt, auch wenn dies von vielen, welche die Reform verantworten negiert wird.¹⁵ Wir sehen die Privatisierung dabei als ein Element des Bestrebens, nicht nur die private Bildung zu fördern, sondern Zugriff auch auf die öffentliche Schule zu bekommen. Die Folge ist eine «Verbetriebswirtschaftlichung»¹⁶ der öffentlichen Schule. Auch die öffentliche Schule wird zum Unternehmen, Schülerinnen und Schüler werden zu Klientinnen und Klienten. Evaluationen, externe Beratung, Qualitätsmanagement, die Notwendigkeit der Effizienzsteigerung dringen in den Alltag der Schule ein. Das Verhältnis der Lehrenden und Lernenden verändert sich in ihrer inneren Struktur. Eingegriffen wird damit in die zwischenmenschlichen Verhältnisse, in die Verhältnisse der Einzelnen zu sich selbst und zur Gesellschaft. Nicht zuletzt durch den Einsatz des Computers im Unterricht oder das Zur-Verfügung-Stellen von Software durch Technologiekonzerne dringt die ökonomistische Ideologie in den Schulalltag ein.

Mit «Choice» begann es auch in den USA

Die Philosophie der «Elternlobby» deckt sich weitgehend mit den in den 1970er und 1980er Jahren aufkommenden US-amerikanischen Reformbestrebungen. Im Zentrum standen damals «Choice» (Wahlfreiheit) und «Privatization». Die Idee der Privatisierung in Verbindung mit Wahlfreiheit überzeugte auch Diane Ravitch, die diese Reform befürwortete und eine hohe Position in der staatlichen Bildungsverwaltung einnahm. Später kamen als weitere Reformelemente das «Testing» (schulische Leistungen müssen vergleichend gemessen und in Rankings ausgewiesen werden) sowie «Accountability» hinzu, wobei Letzteres heisst, dass Schulen und – seit Obamas Programm «Race to the Top» von 2009 – auch die Lehrerinnen und Lehrer für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler haften. Von 2007 an wurde Ravitch zur vehementen Kritikerin der Reformbewegung, da sie feststellte, dass insbesondere die Idee der Privatisierung ein Einfallstor für einen radikalen neoliberal ausgerichteten Umbau des Bildungswesens darstellt.

Propagiert wurden die Reformen mit sozialreformerischen Versprechen. Die Differenzen zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Kindern (der «Achievement Gap») sollten reduziert, die Gesellschaft insgesamt sollte klüger, gebildeter und nicht zuletzt gerechter werden, weshalb zum Beispiel auch die meisten Demokraten entsprechende Gesetze unterschrieben oder weshalb – an einem ganz anderen Ort – die Idee der Bildungsgutscheine von den schweidischen Sozialdemokraten nicht nur unterstützt, sondern sogar initiiert wurde. Auch die Charter Schools waren ein ursprünglich

fortschrittliches und nicht-profitorientiertes Projekt im Interesse der schwierigsten und anspruchsvollsten Kinder. Erst im Nachhinein wurden die Auswirkungen dieser Reformen deutlich:

- Das öffentliche Bildungswesen kam immer stärker unter Druck, die Leistungen in der öffentlichen Schule wurden schlechter, der «Achievement Gap» grösser und Bildung wurde immer mehr unter dem Aspekt des unmittelbaren Nutzens im Sinne von beruflicher Anpassung und Karriere gesehen.
- Private Schulen und halb-private Charter Schools wurden und werden gefördert. Sie nehmen weiter zu, die öffentliche Schule wird immer stärker zu einer Restschule, in der sich verhaltensauffällige Kinder, Kinder aus armen Familien, leistungsschwache Kinder und auch Kinder mit einer Behinderung konzentrieren. Denn sowohl private als auch halbprivate Schulen sind grundsätzlich frei, jene Kinder auszuwählen, die passen. Sie sind auch grundsätzlich frei, Kinder auszuschliessen, die aus irgendeinem Grund nicht oder nicht mehr passen.
- Die Segregation zwischen den sozialen Gruppen in der Gesellschaft nimmt weiter zu.¹⁷

Die Entwicklung in den USA hat gezeigt, dass sich die Reform, die sich «Choice» und «Privatization» auf die Fahne geschrieben hatte, von der neoliberalen, von Politik, Geschäftswelt und grossen Stiftungen geförderten Reform vereinnahmt lässt.

Schlussgedanken

Gleichheit und Ungleichheit

Beides ist in uns Menschen als Möglichkeit angelegt: das Streben nach Gleichheit und das Streben nach Ungleichheit. Es gibt das Streben nach Differenzierung und im Besonderen das Streben nach hierarchischer Differenzierung. Menschen möchten mehr wert sein, mehr ökonomisches, soziales, kulturelles Kapital besitzen als andere. Sie möchten als Mutter oder Vater, dass ihr Kind besser ist als andere, mehr Lebenschancen bekommt, später mehr Erfolg hat als andere. Also wählen sie sich die Schule entsprechend aus, sofern sie materiell dazu in der Lage sind – eine leistungsstarke Privatschule z.B. Auf der anderen Seite steht das Streben nach Gleichheit. Das Stichwort ist die Chancengleichheit. Hier sind eine linke und eine liberale Idee der Chancengleichheit zu unterscheiden. Die Vertreter der liberalen Variante von Chancengleichheit gehen davon aus, dass alle Kinder die gleichen Ausgangsvoraussetzungen haben. Was sie aus ihren Chancen in der Schule machen,

liegt in ihrer Verantwortung. Am Schluss der Schule treten sie mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten in die weiterführende Laufbahn in einer folglich ungleichen Gesellschaft ein. Es ist ein meritokratischer Gleichheitsanspruch: gleiche Voraussetzungen im Bereich der Schule zu haben setzt eine für alle weitgehend gleiche Grundschule voraus. Der linke Ansatz definiert Chancengleichheit im Sinne gleicher Lebenschancen für alle. Das heisst alle Menschen besitzen die Möglichkeit, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen, ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu entwickeln, anerkannt zu werden, ein Leben in Würde und Sicherheit zu leben. Das Ziel der Schule ist wie beim liberalen Ansatz die individuelle Freiheit, wobei die Freiheit der einen Menschen auch die Freiheit der anderen mitbedingt. Mehr als beim liberalen Konzept spielt die Solidarität der Kinder sowie der Lehrerinnen und Lehrer untereinander eine grosse Rolle.

Die öffentliche Schule in der Schweiz legt das Hauptgewicht auf den Gleichheitsgedanken. In der Idee sowie in der Praxis der integrativen Schule wird der linke Gleichheitsgedanke betont. In der heute ausgeprägten Leistungsorientierung und in der selektiven Struktur folgt die öffentliche Schule aber dem meritokratisch liberalen Gleichheitsgedanken. Das ist die vordergründige Sichtweise. Durch die neoliberal beeinflusste Bildungsentwicklung bestimmt das Streben nach grundsätzlicher Ungleichheit zunehmend auch die öffentliche Schule und eröffnet dadurch ein gefährliches Spannungsfeld zwischen den demokratisch-gemeinschaftlichen Bildungszielen und dem Ziel der individuellen Vorteilsnahme einer privilegierten Bildungsschicht.

Quintessenz

Bei allem Verständnis für einzelne Anliegen der «Elternlobby» (Wahlmöglichkeit, Gedanke der sozialen Gerechtigkeit) betrachten wir ihre «Bildungsoffensive» als Einfallstor für eine viel weitergehende Veränderung der Schule. Wir sehen die Privatisierung als ein Instrument der Differenzierung im Sinne der Herstellung von Ungleichheit der Lebenschancen, auch wenn der von Vertretern der Bildungspolitik, von Stiftungen und Unternehmen vorangetriebene Umbau des Bildungswesens mit dem Versprechen antritt, dass es um ein Mehr an individueller Förderung, um sozialen Ausgleich, Förderung und Integration von Kindern aus bildungsfernen Familien und nicht zuletzt um ein Mehr an individueller Freiheit und persönlicher Autonomie geht. Diese Deutung des Reformprozesses verschleiert eine ganz andere Wirklichkeit.

Es geht uns nicht darum, dass Privatschulen existieren. Wir anerkennen den pädagogischen Beitrag, den Privatschulen leisten und geleistet haben. Unsere Kritik richtet sich gegen eine umfassende und globale Reformbewegung, von der die Privatisierung ein zentrales Element ist. Wir verstehen das Verlangen der «Elternlobby», dass sich Angehörige und Kinder auch für eine solche Schullösung entscheiden dürfen, ohne dass dies von ihren materiellen Voraussetzungen abhängt. Wir unterstellen der «Elternlobby» nicht, dass sie sich als neoliberale Reformgruppe versteht. Wir sehen es jedoch als problematisch an, wenn private Schulen nicht mehr Nischenplätze besetzen, sondern mit der öffentlichen Schule – mit Steuergeldern unterstützt – in Konkurrenz treten.

Wenn wir die öffentliche Schule verteidigen, so plädieren wir nicht für ein

statisches Konzept. Was spricht dagegen, dass es innerhalb der Staatsschule vielfältige Angebote gibt? Eine grössere Vielfalt hätte unter Umständen den Nachteil, dass Schulwechsel nachteilig sein können, wenn der Lehrplan allzu unterschiedlich ist. Die öffentliche Schule müsste sich deshalb an einem allgemeinen Lehrplan orientieren, der zugleich einen grossen Gestaltungsraum für Lehrerinnen und Lehrer ermöglicht.

Die von uns kritisierte ökonomistisch geprägte Entwicklung mag in der Schweiz langsam voranschreiten. Aber es besteht die Gefahr einer schleichenden Veränderung mit der Folge, dass der äusseren Ökonomisierung der Schule immer mehr eine innere Ökonomisierung entspricht.¹⁸ Es ist wichtig, dass diese Entwicklung kritisch analysiert und dass ihr das Konzept einer emanzipatorischen und demokratischen öffentlichen Schule – und einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit basiert¹⁹ – entgegengestellt wird.

Im vom Gedanken einer öffentlichen, demokratisch gestalteten und verantworteten Schule für alle haben auch private Schulen wie die Waldorf- oder die Montessorischule ihren Platz. Sie werden jedoch nicht mit staatlichen Geldern unterstützt. Die Bildung im demokratischen Staatswesen darf nicht aus der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Verantwortung entlassen werden. Privatisierung ist sonst unweigerlich mit einem Demokratieverlust verbunden. ■

Fitzgerald Crain ist emeritierter Professor der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz.

1 Georg Geiger, Margrit Goop, Franz König, Kaspar Lüthi, Stephan Lüthi, Wibke Oppermann, Linda Stibler, Marianne Wildberger von der Gruppe «Bildung» im «Denknetz» sowie Manuel Crain, Soshya Kaufmann Crain, Willi Schneider und Hans Wäber haben den Schreibprozess kritisch begleitet.

2 Siehe die Sendung in «Telebasel» vom 26. September 2018: «Report: Comeback für die freie Schulwahl».

3 Siehe dazu z.B. Crain, 2015

4 Siehe dazu den Artikel in «Le Monde diplomatique» vom September 2018: «Schlechte Noten für den Primus», die PISA-Resultate in Schweden betreffend.

5 «Le Monde diplomatique», ebd.

6 Ravitch, 2010, 2013; Crain, 2016; Münch, 2018

7 Für Südafrika siehe NZZ vom 31. März 2014; für Schweden siehe «Le Monde diplomatique» vom September 2018 («Schwedens umstrittene Schulreform»); umfassend siehe Krautz, 2009, 155ff.

8 Hellgermann, 2018.

9 Bessard, Hoffmann, Hrsg., 2017

10 Gruber, 2018, S. 31.

11 Zur Kommerzialisierung der Bildung siehe Krautz, 2009, z.B. 163ff.

12 Barben 2018, 101f. Krautz ebd.

13 Siehe Crain und Daellenbach (2019)

14 Ernst Buschor ist auch Geschäftsführer des Vereins Schweizerischer Schulpreis. Jährlich werden 120'000.- Fr. an sechs Schulen für innovativen Unterricht vergeben. Die Frage ist, nach welchen Kriterien die Qualität der Schulen beurteilt wird. Siehe dazu Barben, 112ff.

15 Der Umbau des Bildungssystems betrifft alle Stufen der Bildungsinstitutionen: die Kitas, in denen kleine Kinder betreut werden; den Kindergarten, der weitgehend seine Eigenständigkeit verloren hat, indem er ins Schulsystem integriert wurde; die Volksschule und das Gymnasium; die Hochschulen und Universitäten; die Berufsbildung sowie die Erwachsenenbildung, die heute Weiterbildung heisst.

16 Hellgermann, 2018

17 Siehe dazu den Artikel in «Die Zeit» Nr. 3 vom 10. Januar 2019 (Ressort «Chancen»: «Geteilte Stadt»): Die Segregation zwischen «weissen» (inkl. «asiatischen») und «schwarzen» Kindern in der demokratisch regierten Stadt New York beispielsweise ist extrem ausgeprägt.

18 Crain, 2018

19 Siehe dazu Honneth, 2015

Literatur

Barben, J. (2018). Kinder im Netz globaler Konzerne: Der Lehrplan 21 als Manipulationsinstrument. Baden: Eikos Verlag.

Bessard, P und Hoffmann, Chr. (2017). Markt für Bildung: Die Vorteile von Vielfalt und Wettbewerb. Zürich: Edition Liberales Institut.

Crain, F. (2015). Anpassung und Wettbewerb: Leistungsvergleiche als Kontrollmittel. In: vpod bildungspolitik, 194/ Dezember 2015. S. 12 – 15.

Crain, F. (2016). Wie sich der Ökonomismus auf die Bildung auswirkt. Das Beispiel USA. Denknetz Jahrbuch 2016.

Crain, F. (2017). Wie könnte eine linke Bildungspolitik aussehen? In: Das Denknetz, Nr. 001, Mai 2017. S. 38 – 46.

Crain, F. (2018). Die innere und äussere Ökonomisierung in der Bildung. In: Denknetz Jahrbuch 2018, «Bildung und Emanzipation», S. 9 – 16.

Crain, F. und Daellenbach, R. (2019). Was für eine Bildung braucht die Demokratie? In: Daellenbach, Ringger, Zwicky (Hrsg.). Reclaim Democracy: Die Demokratie stärken und weiterentwickeln. S: 66 – 72. Zürich: edition 8.

Gruber, J. (2018). Diversifizierung, Privatisierung und Hierarchisierung. In: Denknetz Jahrbuch 2018, «Bildung und Emanzipation», S. 27 – 33.

Hellgermann, A. (2018). kompetent. flexibel. angepasst: Zur Kritik neoliberaler Bildung. Münster: Edition ITP-Kompass.

Honneth, A. (2015). Die Idee des Sozialismus: Versuch einer Aktualisierung. Berlin: Suhrkamp.

Krautz, J. (2009). Ware Bildung: Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie. München: Diederichs.

Münch, R. (2018). Der bildungsindustrielle Komplex: Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Ravitch, D. (2010). The Death and Life of the Great American School System: How Testing and Choice Are Undermining Education. New York: Basic Books.

Ravitch, D. (2013). Reign of Error: The Hoax of the Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools. New York: Vintage Books.



Beschädigung der öffentlichen Schule

Es wird wieder über Bildungsgutscheine und Modelle einer freien Schulwahl diskutiert. Welche Folgen hätte deren Einführung? Von Linda Stibler

Jeder Mensch und vor allem jedes Kind hat ein Anrecht auf Bildung, insbesondere Grundbildung – denn ohne fundamentale Kenntnisse und Fertigkeiten kann ein Mensch in der heutigen Zeit nicht auskommen. Das gilt in allen Bereichen des Lebens. Selbstverständlich. Konsequenterweise gilt der Konsens, dass die Gesellschaft als Ganzes für die Bildung der Heranwachsenden verantwortlich ist und zumindest für die Grundbildung aufkommen muss. In einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit – könnte man meinen.

Nun darf man sich fragen, weshalb derartige Binsenweisheiten speziell zu betonen sind? Sie werden neuerdings mit den bereits bekannten Verheissungen und Verlockungen des Neoliberalismus in Frage gestellt. Flugs werden Lernende zu Konsumenten und die Eltern sollen frei wählen können, welche Schule für ihre Sprösslinge die richtige ist. Das können sie zwar heute bereits, wenn sie über das nötige Kleingeld verfügen, aber die grosse Mehrheit der Kinder und Jugendlichen geht heute in eine öffentliche Schule, die kostenlos ist respektive deren Kosten von der öffentlichen Hand getragen werden. Zweifelhafte Qualitätsvergleiche dienen in erster Linie dem Zweck, dass private Schulen mit den öffentlichen Schulen in Konkurrenz treten und so ins Geschäft kommen. Die Besten sollen obenaus schwingen und die unsichtbare Hand des Marktes soll es richten, dass alle Kinder gratis – respektive auf Kosten der Allgemeinheit – in die

gewünschte Schule gehen können. Durch einen solchen Wettbewerb wird die Bildung qualitativ besser und viel billiger.

Mangelnde Bildungsqualität an der kompetitiven Schule

Bei Lichte betrachtet setzen diese Versprechen einen Wunderglauben voraus. Wie ist es trotzdem möglich, dass sich viele Beteiligte und Betroffene an diese klammern? Weil der Schulalltag zwar auch früher selten nur beglückend war, aber dieser in jüngster Zeit doch vielen Eltern und ihren Kindern mehr und mehr zu schaffen macht. Das ist die Folge von immer neuen Reformen. Wie zum Beispiel von Harnos, das anfänglich bloss eine Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme versprach, in der Ausgestaltung aber genau das erwähnte Wettbewerbsprinzip zwischen einzelnen Schulen oder zwischen den SchülerInnen verfolgt: Mehr Konkurrenz, mehr Leistungsdruck, mehr Stress.

Das alles läuft unter dem irreführenden Titel Chancengleichheit. Keiner fragt, für was die Chance gut sein soll? Für den sozialen Aufstieg? Für bessere Berufsaussichten? Zur Bereitstellung von genügend Humankapital? Können mit Chancengleichheit die Ungleichheit von Begabungen und des individuellen Entwicklungstempos oder die unterschiedliche Herkunft beseitigt werden? In einer demokratischen Schule braucht es keine Chance, denn es geht nicht um ein Glücksspiel. Es braucht gut ausgebildete

Lehrerinnen und Lehrer, die in der Lage sind, die verschiedensten Kinder zu fördern und zu fordern und vor allem genügend Zeit haben, um Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen die unverzichtbaren Kulturtechniken zu erschliessen. Das ist ein hoher Anspruch an Professionalität und er gilt für alle Stufen gleichermaßen.

Mehr Qualität ist ein weiteres Versprechen, das mit dem Wettbewerbsprinzip angeblich erfüllt werden soll – analog zur heutigen Wirtschaft. Das begann zwar ganz harmlos mit sogenannten Qualitätsstandards, mündete aber bald in einen regelrechten Kontrollwahn. Mit immer früheren Tests und Checks und Zeugnissen werden die Qualität von Schulen, ihrem Lehrkörper und nicht zuletzt deren Schülerinnen und Schüler – bereits im Kindergartenalter – unterzogen. Man beklagt die Bürokratie, die daraus entstand, die Kräfte bindet und Kosten verursacht. Das Versprechen von Einsparungen ist dahin, und es fehlt das Geld an den entscheidenden Orten für die Erfüllung des Qualitätsanspruchs.

Probleme: Neoliberales Brainwashing und Xenophobie

Es gehört zum neoliberalen Muster, dass die Leistungen des Service Public, die man dem Markt unterwerfen will, zuerst einmal schlecht geredet werden – so lange bis es alle glauben. Dann setzen die Heilsversprechen der Privatisierung ein: Private Unternehmen werden es besser machen als der verknöcherte

te Staat. Und kostengünstiger. So geschehen bei den öffentlichen Transportmitteln, bei Post und Telekommunikation, zuletzt im Gesundheitswesen. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Die Leistungen sind wesentlich teurer geworden und die Qualität stimmt nicht mehr. Warum sollte das in der Bildung anders sein?

Der Vollständigkeit halber muss man jedoch einen weiteren Umstand erwähnen: Ganz entscheidend hat schliesslich der demografische Wandel zur Unzufriedenheit mit der öffentlichen Bildung beigetragen. Die ständig wachsende Bevölkerung und die Zuwanderung fremdsprachiger Familien aus anderen Kulturen befeuern die Harmonie nicht, sondern verursachen zusätzliche Probleme. Man gibt es nicht offen zu, aber viele Eltern möchten ihre Kinder gerne in einem homogenen Klassenverband von mehrheitlich einheimischen Schülern sehen. Da wird die Verheissung Privatschule plötzlich attraktiv.

Abwärtsspirale für die öffentliche Bildung

Nehmen wir die Verheissungen freien Wettbewerbs etwas genauer unter die Lupe: Es wären die unterschiedlichsten Vorlieben, die Eltern eine Schule auswählen liessen. Vor allem jene Schulen, die versprechen, die Kinder bis zur Matura zu führen, würden weit oben stehen (ob diese Versprechen dann auch eingehalten werden, steht auf einem anderen Blatt). Mit Sicherheit sind es jene Schulen, die auf Leistung und Konkurrenz setzen und den Mittelschichtsfamilien entgegenkommen. In der Minderheit bleiben wohl nach wie vor die viel gerühmten Reformschulen wie etwa Waldorf- und Montessori-Schulen. Gefragt dürften hingegen jene Schulen werden, die eine christliche Wertehaltung betonen oder diametral entgegengesetzt einen andern religiösen Hintergrund haben. Das würde längerfristig zu einer Fraktionierung der Gesellschaft nach Religionen, Ethnien und nicht zuletzt nach sozialen Schichten führen.

Da helfen auch Beschwörungen nichts, dass schliesslich alle Schulen nach denselben Bildungszielen unterrichten müssten und dass eine Benachteiligung Andersdenkender verboten ist. Wie sollte das denn kontrolliert werden? Mit noch mehr Bürokratie? In Schweden gibt es eine Pflicht, dass Eltern nicht noch zusätzlich Schulgeld bezahlen sollten und alle in der Reihenfolge der Anmeldungen aufgenommen werden müssten. Ein Leichtes, solche Vorgaben zu umgehen und besondere Hürden aufzubauen. Private Schulen sind im Gegensatz zu den öffentlichen auch nicht verpflichtet, alle Kinder aufzunehmen und sie zudem in den geeigneten Strukturen zu behalten. Das ist wohl der zentrale Punkt, denn mit einer

unverfänglichen Selektion nach Leistung und Interesse lässt sich gut sortieren.

Die öffentlichen Schulen sind nach wie vor fest in einem Bildungssystem eingebunden, das vom Staat organisiert wird. Dieses System muss ausnahmslos allen Kindern Bildung garantieren. Und jene Kinder mit sogenanntem «bildungsfernen Elternhaus» oder jene, die darauf angewiesen sind, dass Kinder in gut erreichbarer Nähe zur Schule gehen, werden auch bei Einführung einer freien Schulwahl nach wie vor in die öffentliche Schule gehen. Das allein wäre vielleicht zu verkraften, wenn nicht gleichzeitig die Konkurrenzmaschinerie nach fragwürdigen Qualitätskriterien – etwa Tests und Noten für Schülerinnen und Schüler und Durchschnittsleistungen von Klassen – in Gang gesetzt würde. Die kann eine verheerende Abwärtsspirale auslösen, wie etwa in den USA zu beobachten ist: Die öffentlichen Schulen werden so zum Sammelbecken von Kindern mit Anpassungsschwierigkeiten und sozial schwachen Familien. Es kommt zu den verachteten Restschulen – zu einer Zweiklassen-Bildung in extremem Ausmass.

Profite auf Kosten von Lehrpersonen und SchülerInnen

Das in den Modellen freier Schulwahl vorgesehene Verfahren für die Verteilung finanzieller Mittel nach prozentualen Anteilen an SchülerInnen ist also höchst fragwürdig. Noch schlimmer wäre – wie es in den USA sogar praktiziert wird –, die öffentlichen Mittel den Schulen nach einer noch fragwürdigeren Qualitätsmessung zuzuweisen. Da würden die öffentlichen Schulen zu kurz kommen, da sie ja vergleichsweise mehr sozio-ökonomisch unterprivilegierte Kinder und Jugendliche haben.

Die Befürworter von Bildungsgutscheinen behaupten, dass private Unternehmen effizienter seien. Selbst wenn sie Gewinn erwirtschaften, könnten sie dank guter Auslastung und klugem Wirtschaften Geld sparen. Jedoch: Nach bewährtem Muster spart man Geld vor allem an den Löhnen des Personals, denn auch in der Bildung fallen die Lohnkosten am stärksten ins Gewicht. Man bezahlt zum Beispiel sogenannte Leistungslöhne und entschädigt eigentlich nur jene Lehrpersonen korrekt, bei denen die Nachfrage das Angebot überwiegt. Mit den dadurch entstehenden Erträgen kann man ein teures Management bezahlen, das mithilfe intensiver Werbung und Propaganda die Nachfrage fördert. Mit guter Bildungsqualität hat beides nichts zu tun.

Privatschulen dagegen kommen mitunter auch auf andere Weise zu zusätzlichen finanziellen Mitteln, ohne dass sie beim Personal sparen müssen. Vor allem jene Schulen, die einer speziellen weltanschaulichen Richtung verpflichtet sind und auf Spenden

von finanzstarken Interessengruppen zählen können. Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen oder religiösen Kreisen, die für ihr Geld ideologischen Einfluss gewinnen wollen. Andererseits gibt es auch jene private Schulen mit einem pädagogischen Ideal, die ihrerseits auf viel Idealismus und Gratisleistungen von Lehrern und Eltern angewiesen sind.

«Modelle freier Schulwahl und Bildungsgutscheine schaden der Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle Menschen, indem sie gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken.»

Wider kurzfristiges Nützlichkeitsdenken

Modelle freier Schulwahl und Bildungsgutscheine schaden der Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle Menschen, indem sie gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken. Letztlich geht es zumindest in unserer Gesellschaft bei Bildung immer auch um Geld: Von guten Schulabschlüssen und möglicherweise einem Studium erhoffen sich viele Eltern, dass ihre Kinder attraktive Berufsaussichten haben und als Erwachsene bessergestellt sind als andere. Selbstredend hat dies auch mit den – keinesfalls zu rechtfertigenden – Lohnunterschieden in unserer Gesellschaft zu tun. Fähigkeiten und Fertigkeiten, die nicht gewinnbringend verwertbar sind, kommen in unserem Bildungssystem oft zu kurz.

Alle Menschen haben aber einen Anspruch auf Bildung, auch wenn diese nicht direkt zu Geld gemacht werden kann. Unter Umständen kann auch die scheinbar nutzlose Bildung für die Gesellschaft einmal überlebenswichtig werden. Die Fixierung auf Wettbewerb und Konkurrenz könnte uns dann den Weg in die Zukunft versperren. ■

Linda Stibler ist Journalistin und in der Fachgruppe Bildung im Denknetz engagiert. Lange war sie in der Erwachsenenbildung tätig.

Gute Gründe für öffentliche Bildungsinvestitionen und progressive Steuern

Thomas Piketty will mit seiner neuen Studie «Capital et idéologie» empirisch nachweisen, dass mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und weniger soziale Ungleichheit zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und des Wirtschaftswachstums beitragen.
Von Thomas Ragni

Thomas Piketty zeigt in vielzähligen und vielfältigen empirischen Belegen auf, wie die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen – kurz: die «Ungleichheit» – sich seit dem Mittelalter nicht nur in Europa, sondern auch in den aussereuropäischen Hochkulturen in einer erstaunlichen Grundstabilität erhalten hat. In einem überwältigenden empirischen Detailreichtum zeigt Piketty wie die Ungleichheit seit den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts weltweit im Trend deutlich ansteigt [Grafik o.3, S. 37], nachdem sie zuvor nach dem ersten und – insbesondere – nach dem zweiten Weltkrieg gesunken war (zumindest in den westlichen Industriestaaten).

Die Ideologie des Eigentums, das heisst die Rechtfertigung der Ungleichverteilung des (Grund-) Eigentums nennt Piketty «Proprie-

tarismus»: «Im Kern besagt diese Ideologie, dass der absolute Schutz des Privateigentums essentiell für die «Stabilisierung» der sozialen Ordnung ist (bzw. für die Abwehr von Chaos, Unrecht und Willkürherrschaft). Den Proprietarismus gibt es in kapitalistisch geprägten Kultur- und Sprachgemeinschaften in vielen Varianten: Je nach genauer Ausprägung der proprietaristischen Kultur erfolgt der Wiederanstieg der Ungleichheit in unterschiedlichem Ausmass (im angelsächsischen Kulturraum z.B. deutlich stärker als im kontinentaleuropäischen, der in sich nochmals ausdifferenziert ist in einen nord-, mittel- und südeuropäischen Kulturraum). Besonders interessiert sich Piketty für die Meritokratie als Rechtfertigungsstrategie.

Meritokratie als Ideologie der Rechtfertigung gesellschaftlicher Ungleichheit

Der gesellschaftlich anerkannte relative (Rang-)Erfolg bzw. Misserfolg der einzelnen «Individuen» wird in unseren Gesellschaften den Individuen selber zugerechnet, ohne dass dieser Akt der Zuschreibung bewusst würde. Die erfolgreichen und erfolglosen «Individuen» werden wie selbstverständlich als «Sieger» und «Verlierer» wahrgenommen – aufgrund der kulturellen Hegemonie der individualistischen Ideologien der Meritokratie und spezifisch der Leistungsgerechtigkeit. Auch die Kriterien des Erfolgs scheinen wie natürlich gegeben zu sein.

Die meritokratische Ideologie ist eine kleine, aber entscheidende Abwandlung der aristotelischen Urformel «Jedem das seine». In vorbürgerlichen oder «vormodernen» Gesellschaften bedeutete es, dass jeder (jedem) genau das «zusteht», was ihrer (seiner) gesellschaftlichen Position (Stand, Status) entspricht, in die sie (er) hineingeboren worden ist. In bürgerlichen Gesellschaften wird

THOMAS
PIKETTY

CAPITAL
ET
IDÉOLOGIE

SEUIL

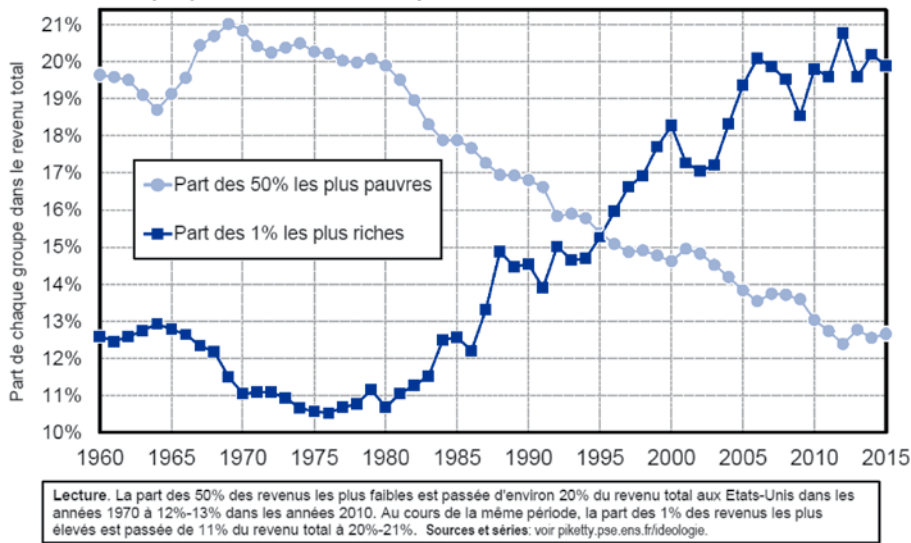
diese Grundidee ins Aktivistische gedreht: Jede(r) bekommt genau das als Belohnung, Anerkennung, Ruhm, Wohlstand etc., was sie (er) sich verdient hat (durch Bemühungen, Eifer, Beharrlichkeit, Leistung...). Im Rückschluss sind alle erfolglosen «Individuen» faul, träge, zu wenig ehrgeizig, zu wenig klug etc., und darum leben sie gerechterweise in Armut und eventuell sogar im Elend, geniessen keine Anerkennung, verdienen kein Ansehen – noch nicht einmal Mitleid. Dadurch geriet die bürgerliche Ideologie der Meritokratie unausweichlich in ein Spannungsverhältnis zu den «vormodernen» christlichen Geboten der Nächstenliebe und Barmherzigkeit, wie sie die «fürsorgliche» (und gleichzeitig bevormundende, autoritäre) katholische Kirche interpretierte – ganz im Gegensatz zur «modernen» (typisch bürgerlichen) Auffassung im sozial «kalten» (aber emanzipatorischen, anti-autoritären) Protestantismus: «Jeder ist unmittelbar zu Gott.» «Jeder ist seines Glückes Schmied.» «Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.»

Der Vorstellung der meritokratisch gerecht funktionierenden kapitalistischen Realität würde allerdings unmittelbar widersprechen, wenn sich die intergenerationelle Undurchlässigkeit der Reichtums- (und damit Status-)positionen empirisch nachweisen liesse. Piketty kann sie zwar mangels verfügbarer Datenbasen nicht direkt nachweisen, doch für einen indirekten empirischen Nachweis kommt ihm der Umstand zu Hilfe, dass «Bildung» ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den gesellschaftlich anerkannten «individuellen» Erfolg ist, der konkret an erreichten relativen Einkommens- und Vermögens-(rang-)positionen gemessen wird. Der Ideologie der Meritokratie und spezifisch der Leistungsgerechtigkeit würde im Feld der «Bildung» unmittelbar widersprechen, wenn sich intergenerationelle Korrelationen zwischen den Einkommens- und Vermögenspositionen in der Elterngeneration und den Bildungsinvestitionen und den je erreichten Bildungsniveaus in der Kindergeneration empirisch robust nachweisen liesse.

«In einem überwältigenden empirischen Detailreichtum zeigt Piketty, wie die Ungleichheit seit den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts weltweit im Trend deutlich ansteigt.»

11.5

Graphique 11.5. La chute de la part des bas revenus: Etats-Unis 1960-2015



Genau hier setzt Piketty an. So wird in Grafik 0.8 [S. 53] für die USA gezeigt, dass mit steigendem Einkommen der Eltern praktisch linear auch der Anteil der Kinder mit einer höheren Schulbildung ansteigt. Weiter stellt er fest: «Man hat auch bemerkt, dass die intergenerationale Korrelation zwischen der Position der Kinder und der Eltern in der Einkommenshierarchie in den USA in den letzten Jahrzehnten in einem markanten Ausmass angestiegen ist. Diese signifikante Verringerung der sozialen Mobilität, im eklatanten Widerspruch stehend mit den theoretischen Diskursen der «Meritokratie» und der Chancengleichheit, zeugt von der extremen Stratifikation des Bildungs- und Sozialsystems in den USA.» [S. 624f., eigene Übersetzung] Die markante Zunahme der intergenerationalen Undurchlässigkeit zwischen den Einkommens- und Vermögensklassen ist natürlich noch kein «harter» empirischer Nachweis der «Refeudalisierung» hin zu einer fast hundertprozentigen intergenerationalen Undurchlässigkeit zwischen den Einkommens- und Vermögenschichten in kapitalistischen Gesellschaften.

Bildungszugang und Arbeitsproduktivität

Auf die Rolle der Bildung kommt Piketty erstmals ungefähr in der Mitte seines Werks genauer zu sprechen, unter der Kapitelüberschrift «Die Sozialdemokratie, die Bildung und das Ende des US-amerikanischen Vorsprungs» (eigene Übersetzung). Die überlegene Arbeitsproduktivität der US- gegenüber der westeuropäischen Wirtschaft sei gegen Ende des 20. Jahrhunderts verschwunden [S. 599, auch Grafik 11.3], um einer bildungsmässigen Stratifikation Platz zu machen, die auch in den USA neuartig war: So existierten beträchtliche Unterschiede der Bildungsinvestitionen zwischen den breiten Schichten

des Mittelstands und den wohlhabendsten Personen, denen der Zugang zu den Universitäten offensteht [S. 599, sinngemässe eigene Übersetzung].

Den Arbeitsproduktivitätsvorsprung der USA gegenüber Westeuropa bis mindestens 1960 erklärt sich Piketty weitgehend aufgrund des Vorsprungs in der Ausbildung des gesamten Arbeitskräftepotentials [S. 604], vor allem weil seit der Zweiten Industriellen Revolution (circa 1880 bis 1940: Boom der Chemie-, Stahl-, Elektrizitäts-, Automobil- und Haushaltsausstattungs-Industrie) die Ausbildungsanforderungen auch für die breite Industriearbeiterschaft deutlich anspruchsvoller wurden [S. 607].

Unter der weissen Bevölkerung lag die Primarschulquote in den USA ab 1840 bereits bei mehr als neunzig Prozent, im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Deutschland aber erst bei zwanzig bis dreissig Prozent [S. 605]. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts hatte das westliche Kontinentaleuropa diesbezüglich aufgeholt [S. 607]. Nach den Kriegen der Nord- gegen die Südstaaten in Nordamerika und Preussens gegen Frankreich 1870-71 sei unter den französischen und britischen Eliten die Überzeugung gewachsen, die militärischen Siege seien überwiegend auf die überlegene Ausbildung zurückzuführen gewesen [S. 608]. Allein Grossbritannien gelang es aber in der Folge nicht, die Arbeitsproduktivität im Ausmass des westlichen Kontinentaleuropas und Nordamerikas zu steigern, es blieb diesbezüglich dauerhaft – bis in die Gegenwart – hinter diesen Regionen zurück [Grafik 11.4, S. 601]. Was in den USA erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts eintrat, war in Grossbritannien seit dem 19. Jahrhundert ein konstanter Zustand: Die Gesellschaft war geprägt von einer sehr starken sozialen und ausbildungsmässigen Stratifizierung [S. 609].

Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität der USA fällt ab circa 1980 hinter jene des westlichen Kontinentaleuropas zurück, bis sie schliesslich ab etwa 2005 auch absolut bis auf null absinkt. Gleichzeitig hat die ausbildungsmässige Segregation in den USA nicht nur absolut, sondern auch relativ zu Westeuropa (ausser Grossbritannien) deutlich zugenommen. Seit 1980 ist nun aber auch die Ungleichverteilung der Einkommen in den USA markant am Ansteigen [Grafik 11.5, S. 611], und wieder auch relativ zum westlichen Kontinentaleuropa, wo sie absolut aber ebenfalls anwächst [Grafik 11.6 und 11.7, S. 612f.].

Ist Bildung Ursache oder Wirkung?

Die grosse Frage ist nun, wie das alles zusammenhängt.

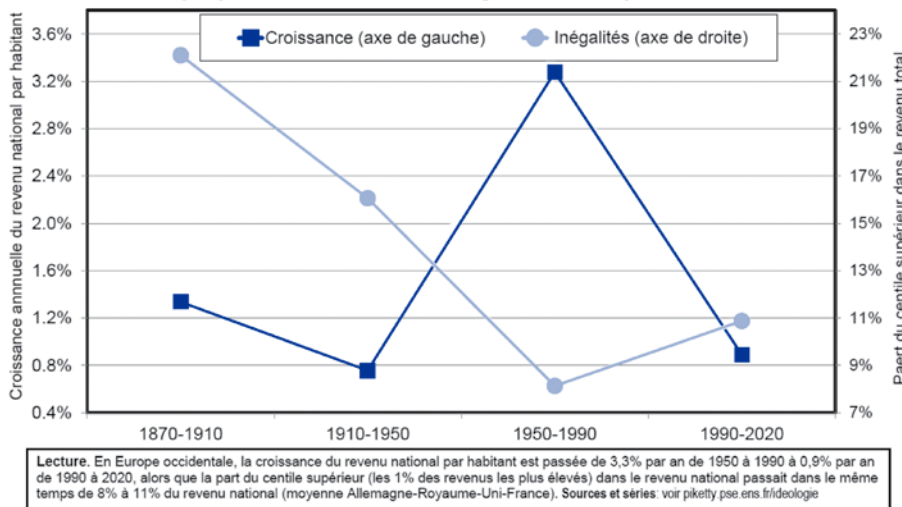
(a) Bewirkt die steigende ausbildungsmässige Segregation das Absinken des Wachstums der (durchschnittlichen) Arbeitsproduktivität oder geht die Wirkung (auch) in die andere Richtung? Die erstgenannte Wirkrichtung argumentiert mit schädlichen Auswirkungen auf den immer «wissensbasierteren» technischen Fortschritt. Der letztgenannte Wirkzusammenhang nimmt vor allem die sich verschärfenden Verteilungskämpfe zulasten der Schwächeren und Benachteiligten in den Blick: Diese wurden in der jüngeren Vergangenheit unter den Titeln der Deregulierung, Privatisierung und Verschlingung des Staates geführt, die Allgemeinwohlorientierung suggerieren, in Wirklichkeit aber ideologische Schlagworte des Neoliberalismus darstellen.

(b) Schafft mehr Ungleichheit eine grössere Bildungssegregation oder ist der Zusammenhang gerade umgekehrt? Piketty meint zum einen, nie allein aus diesem Grund, aber stets auch aufgrund eines veränderten politischen Regimes der Umverteilung nimmt die Einkommensungleichheit zu [S. 616 ff], was in der Folge die Bildungssegregation ansteigen lässt. Diesen Zusammenhang fasst Piketty unter dem Titel der «Überdetermination»: «Kürzliche Arbeiten haben gezeigt, dass der Zugang zu höherer Bildung durch das elterliche Einkommen überbestimmt wird.» [S. 624, eigene Übersetzung] Zum andern betont Piketty aber auch den umgekehrten Zusammenhang: «In der langen Frist sind es vor allem der Zugang zu Qualifikationen und die Verbreitung der Wissensbestände, die eine Reduktion der Ungleichheiten erlauben, sowohl übrigens im Inland wie auf internationaler Ebene.» [S. 622f., eigene Übersetzung]

(c) Schliesslich könnte auch noch sein, dass die drei Indikatoren (Messgrössen, Kennzahlen) der Arbeitsproduktivität, der Bildungssegregation und der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sich

11.14

Graphique 11.14. Croissance et inégalités en Europe, 1870-2020



«Eine starke Steuersatzprogression ist klarerweise kein Hindernis für ein schnelles Wachstum der Produktivität, so lange die wichtigsten Steuersätze erst bei genügend hohen Einkommen und Vermögen greifen.»

S. 634, eigene Übersetzung

bloss in einer zufälligen Koinzidenz in der beobachteten Weise über die Zeit verändern.

Zunahme der Ungleichheit durch neues Umverteilungsregime

Obwohl Piketty die Bewegungen der drei Kennzahlen auf sehr eloquente Weise beschreibt, lässt er es häufig offen, wie der Transmissionsmechanismus oder die Kausalitätsrichtung seiner Meinung nach verläuft. Überwiegend sieht er die Wirkungsabfolge so: Eventuell auch aufgrund einer neuen Art des technologischen Wandels (darüber schweigt sich Piketty aus), immer aber auch aufgrund einer veränderten ideologischen Hegemonie (von der Sozialdemokratie hin zum Neoliberalismus), welche eine entsprechende Politik befördert, kommt es zu einem neuen Umverteilungsregime zunehmender Ungleichheit, was den Zugang zur Bildung ebenfalls ungleicher werden lässt. Das

veränderte ideologische Regime kann aber auch direkt den Bildungszugang ungleicher werden lassen, was dann mit dazu beiträgt, die Ungleichheit (weiter) ansteigen zu lassen: «Die Ursachen des Niedergangs der relativen Position der breit gefassten Mittelschichten (<classes populaires>) in den USA sind vielfältig und lassen sich nicht allein auf die Veränderung des Bildungssystems zurückführen.» [S. 610, eigene Übersetzung]

So oder so, die sich verstärkende Bildungssegregation, die überwiegend durch zunehmende Ungleichheit bewirkt wird (und die die soziale Ungleichheit weiter verschärft), hat über kurz oder lang einen negativen Impact auf das Wachstum der mittleren Arbeitsproduktivität der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, bis das Wachstum schliesslich auf null abgesunken ist. Dies wiederum muss die Verteilungskämpfe verschärfen, die in der Folge die soziale Ungleichheit weiter vertiefen muss, weil solche ideologisch angeleiteten Verteilungskämpfe immer zulasten der bereits benachteiligten armen Schichten ausgefochten werden. Dies ist so, nicht einfach nur, weil die privilegierten reichen Schichten über die faktische ökonomische Macht und die usurpierte staatliche Gewalt verfügen, sondern weil es ihnen regelmässig gelingt, in den ideologischen Kämpfen die normativ definierte «Herrschaft» zu erringen oder zu erneuern, indem sie erfolgreich ihre Interessen als das Allgemeininteresse verkaufen.

Weniger Ungleichheit fördert Wirtschaftswachstum

Ohne es explizit zu sagen, greift Piketty die Kontroverse des Zusammenhangs zwischen Wohlstandswachstum und Wohlstandsverteilung hier auf. Während die Vertreter der Mainstream-Ökonomik bis in die 90er Jahre, bis die neoliberale Hegemonie zu bröckeln begann, unisono behaupteten, dass ein umso stärkeres mittleres (Pro-Kopf-)

Wohlstandswachstum halt leider nur mit einer sich vergrössernden Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung zu haben sei, wollte eine jüngere Generation heterodoxer Ökonomen seit den 1980er-Jahren des 20. Jahrhunderts nachweisen, dass eine Verbesserung der (Start-) Chancengleichheit eben nicht nur aus moralisch-ethischen Gründen der «sozialen Gerechtigkeit» anzustreben sei, sondern dass abnehmende Chancenungleichheit auch aus profanen ökonomischen Gründen eindeutig positive Folgen für die Entwicklung des allgemeinen Wohlstand zeitige. Eine stärkere Umverteilung in Richtung mehr sozialer Gleichheit verbessere die Wachstums- und Wohlstandschancen pro Kopf nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern nachhaltig, sondern selbst noch in hochentwickelten Ökonomien. Dies gelte besonders dann, wenn eine sozial ausgleichende Umverteilungspolitik (a) zugleich die Finanzierungsquellen für die öffentlichen Ausgaben vergrössere, z.B. dank einer stärkeren Einkommens- und / oder Vermögenssteuerprogression, und wenn (b) die verbesserten Finanzierungsquellen fokussiert zur Finanzierung von umfangreicheren staatlichen Investitionen verwendet würden, in öffentliche Forschung und Infrastrukturen, insbesondere aber in mehr und bessere öffentliche Bildung.

Piketty trägt zur Position, wonach sozial ausgleichende Umverteilung zur Stärkung des Wachstums des Pro-Kopf-Wohlstands selbst noch in den reichen Staaten des Westens beiträgt (Hypothese der Zielharmonie zwischen sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftsprosperität) einige empirische Erhebungen bei. In den meines Erachtens zentralen Grafiken 11.12, 11.13, 11.14, 11.15 [S. 633 – 635] wird gezeigt, dass sowohl in den USA als auch in Europa häufig eine umso höhere (kleinere) Steuersatzprogression mit umso stärkerem (schwächerem) Wirtschaftswachstum einhergeht, und dass umso tiefere (höhere) Ungleichheit von umso höherem (tieferem) Wirtschaftswachstum begleitet wird.

Auch hier lässt Piketty die Kausalitätsrichtung offen, aber er legt nahe, dass eine steigende Steuersatzprogression bzw. eine sinkende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum positiv beeinflusst – und nicht umgekehrt, dass umso stärkeres Wirtschaftswachstum zu steigender Steuersatzprogression bzw. zu sinkender Ungleichheit führt. ■

Die Seitenangaben beziehen sich auf die französische Originalausgabe:

Thomas Piketty : Capital et idéologie. Verlag Le Seuil, Paris. 1248 Seiten, circa 25.– €

Eine deutsche und eine englische Übersetzung erscheinen im Frühjahr 2020.

Ende einer Ära – Abbau und Neuausrichtung der kantonalen Erwachsenenbildung

Per 31. Oktober 2018 wurden an der EB Zürich rund 65 Lehrpersonen gekündigt oder teilgekündigt. Just zwei Jahre später soll es auf 31. Oktober 2020 erneut circa 50 Personen treffen. Ist nun mit der Neuausrichtung der Schule endlich ein Ende der Massentlassungen in Sicht?

Bei zahlreichen Kursen der EB Zürich sind die Anmeldezahlen seit mehreren Jahren rückläufig, was – zumindest teilweise – eine indirekte Folge des eidgenössischen Weiterbildungsgesetzes ist. Dieses sieht vor, dass öffentliche Schulen für Weiterbildungskurse kostendeckende Preise verlangen müssen, damit private Anbieter gleiche Bedingungen haben. Jedoch fördern Preise, wie sie an privaten Schulen üblich sind, Lohndumping und Prekarisierung der Lehrpersonen und verschlechtern deren Arbeitsbedingungen.

Um aus der anhaltenden Negativspirale herauszukommen, wagt die EB nun den Befreiungsschlag: Ab Herbst 2020 steigt die Schule weitgehend aus dem Kurswesen aus und widmet sich den vier neuen Geschäftsfeldern:

Grundkompetenzen, berufliche Zukunft, digitales Lernen sowie Berufsbildungsprofis. Für viele Angestellte in den Bereichen Deutsch, Sprache und Text, DaZ und Fremdsprachen bedeutet die Neuausrichtung das Ende ihrer Arbeit für die EB. Ganze 15 Vollzeitstellen, die auf rund 50 Personen verteilt sind, werden auf Ende Oktober 2020 gestrichen. Für die will der VPOD einen möglichst guten Sozialplan und Wiederanstellungen aushandeln. Von den Verantwortlichen hat der VPOD das Zugeständnis erhalten, dass die Fehler, die beim vergangenen Sozialplan für Unmut sorgten, bei den anstehenden Massentlassungen nicht mehr vorkommen. Damals wurden die betroffenen Lehrpersonen von den involvierten Institutionen (Pensionskasse BVK, Schule, Mittelschul- und Berufsschulamt) mehrfach ungenügend oder falsch informiert.

Hoffnung besteht auch, dass einigen KollegInnen eine Wiederanstellung in Aussicht gestellt werden kann. Insbesondere beim kantonalen Angebot «START!», das vorläufig aufgenommene Personen und Geflüchtete auf die Anforderungen der Berufsbildung vorbereiten soll, sind Wiederanstellungen und Weiterbeschäftigungen denkbar. Auch dies ist insbesondere abhängig von der Anzahl der Teilnehmenden.

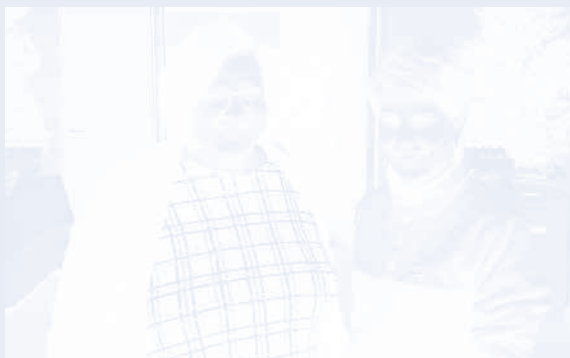
Nebst der Aushandlung des Sozialplanes und der Beratung der betroffenen Mitglieder gilt es für den VPOD gemeinsam mit den KollegInnen an der EB die neue Ausrichtung der Schule eng zu begleiten. Die «neue» EB markiert das Ende einer Ära. Viele Lehrpersonen werden nicht mehr Teil der neuen Ausrichtung sein. Für die Verbleibenden gilt es das positive Erbe weiterzutragen, damit die neue Schule weiterhin von der starken Teamkultur und dem Engagement der Angestellten profitieren kann. Nichtsdestotrotz geht mit EB Futura alles in allem eine massive Verkleinerung der Schule einher. ■

Text: **Anna-Lea Imbach**, Gewerkschaftssekretärin VPOD Zürich Lehrberufe



Der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» muss gelten!

Yvonne Tresp (links) und Sophie Blaser (rechts) engagieren sich für die Petition «Lohnklasse 19 – für alle!»



Im Gespräch mit Sophie Blaser, die vor 2 Jahren ihr Studium abgeschlossen hat und Yvonne Tresp, erfahrene Kindergartenlehrperson mit einigen Zusatzausbildungen. Beide sind im VPOD-Vorstand Lehrberufe.

Nachdem die Petition «Lohnklasse 19 – für alle!» lanciert wurde und Sophie Blaser und Yvonne Tresp im Tagesanzeiger zitiert wurden, haben beide sehr viele positive Reaktionen erhalten. Von Menschen aus dem Arbeitsumfeld wie auch im privaten Bereich. Bereits im ersten Monat konnten mehr als 5000 Unterschriften gesammelt werden. Die Petition wird breit unterstützt. Dies liegt auch daran, dass die Forderung nach Nachqualifizierung insbesondere im Schulfeld eine befremdende Wirkung hat.

«Ich wurde spezifisch für den Kindergarten ausgebildet und nun haben wir zu wenig, weil wir zu viel über den Kindergarten wissen. Wir verfügen über mehr als nur ein Halbwissen.»

(Sophie)

Yvonne: Wir werden von allen Seiten unterstützt. Die Schulpräsidentin und die Schulleitung stehen hinter uns. Es kam nie die Frage, ob wir auf dem richtigen Weg damit sind, sondern es war allen klar, dass es wichtig ist, dass wir uns wehren.

Sophie: Viele Leute waren bestürzt und fassungslos. Sie hielten es sogar für einen Witz. Es ist nicht logisch, dass nicht alle Kindergartenlehrpersonen in die Lohnklasse 19 kommen sollen. Es ist spitzfindig, dass Unterschiede gemacht werden und diese mit Nachqualifikationen verbunden sind. PH und KUST, PH und Kindergarten – diese grundsätzlichen Unterschiede sind nicht nötig.

Yvonne: Es ist wie ein Paradigmenwechsel. Bis jetzt war immer klar, du arbeitest auf dieser Stufe, egal, was du mitbringst oder wo du herkommst. Du bringst die

Berechtigung mit, auf dieser Stufe zu arbeiten aufgrund der Voraussetzungen, die zu diesem Zeitpunkt gesetzt waren: also Semi oder PH oder was auch immer. Dass uns diese Berechtigung abgesprochen wird, ist neu.

Bis jetzt ging es immer darum, Nachqualifikationen für bestimmte Fächer machen zu müssen. Nun sollen sich alle zu KUST-Lehrpersonen nachqualifizieren. Ich kann es verstehen, wenn es um Fächer geht, die neu unterrichtet werden, wie z.B. das Englisch in der 3. Klasse. Aber eigentlich ist es auch jetzt schon so, dass du nicht alle Fächer unterrichten musst als Primarlehrperson. Du musst nicht alle Fächer an der PHZH abschliessen, um als Primarlehrperson arbeiten zu können.

Sophie: Ganz viele Kindergartenlehrpersonen wollen diese Nachqualifizierung gar nicht, denn sie wollen gar nicht auf einer anderen Stufe als der Kindergartenstufe unterrichten. Sie wollen nicht KUST-Lehrpersonen werden. Und das hat nichts mit dem Alter zu tun. Ich bin jung und ich will auch keinen Wechsel. Ich arbeite auf dieser Stufe, weil mir die Arbeitsform auf dieser Stufe gefällt. Ich denke nicht, dass ich weniger qualifiziert bin für diese Stufe, weil ich keine KUST-Ausbildung habe, zumal ich fokussiert für diese Stufe ausgebildet wurde. Ich habe mehr Praktika in dieser Stufe gemacht und habe mich mehr mit dieser Stufe auseinandergesetzt.

Yvonne: Frauen und Männer meiner Generation haben es auch satt, dass die Berufs- und Lebenserfahrung so wenig Gewicht haben. Dass eine «Questlerin»², die 10 Jahre in der Privatwirtschaft gearbeitet hat und berufsfremd in den Kindergartenberuf einsteigt, mit ihrer aktuellen Ausbildung höher eingestuft wird, als ihre Berufskollegin, die schon 20-30 Jahre in diesem Beruf gearbeitet hat, ist befremdend. Ausserdem bilden diese Fachfrauen die Berufseinsteigerinnen aus und zeigen ihnen, wie in dieser Stufe unterrichtet werden kann. Das geht überhaupt nicht auf: Wie können wir genug qualifiziert sein, Leute auszubilden und gleichzeitig zu wenig qualifiziert sein für die Ausübung unseres Berufes? Ausserdem haben viele Kindergartenlehrpersonen schon einige lohnwirksame MABs hinter sich, haben also ausgewiesen gute bis hervorragende Arbeit geleistet. Jetzt sind sie plötzlich nicht mehr genug qualifiziert? Das hinterfragen die Menschen, die die Petition unterschreiben. Viele glauben, dass diese Regelung eine Sparmassnahme ist. Der Regierungsrat rechnet damit, dass nicht alle Kindergartenlehrpersonen eine Nachqualifizierung machen werden und so auch keine höheren Löhne generieren.

Sophie: Als Kindergartenlehrperson verdienst du an jeder Sitzung, an jeder Weiterbildung, in jeder Arbeitsgruppe, bei jedem Amt, in allem und wirklich in allem, was du machst, weniger aufgrund deiner Einstufung. Das ist ernüchternd. Da überlege ich mir, ob ich wirklich noch eine Arbeitsgruppe leiten soll. Es wirkt, als wäre meine Arbeit oder Teilnahme konstant weniger wert. Das ist nicht verständlich.

Yvonne: Es wird viel davon gesprochen, wie wichtig unsere Arbeit ist, wie vielseitig man in diesem Beruf

Petition: Lohnklasse 19 – für alle!

Ende September hat die Bildungsdirektion angekündigt, in Zukunft die Kindergartenlehrpersonen analog den Primarlehrpersonen in die Lohnklasse 19 einzustufen. Rund vier Fünftel aller Lehrpersonen werden aber von der überfälligen Lohnanpassung ausgeschlossen. Die langjährigen und erfahrenen Kolleg*innen ohne KUST-Ausbildung¹ bleiben vorläufig auf der Stufe 18. Eine Stufe tiefer als die Primarlehrpersonen und neu auch tiefer als ihre Arbeitskolleg*innen auf der gleichen Stufe. Nachdem den älteren Lehrpersonen unlängst bereits die Altersentlastung gestrichen wurde, sie keine zusätzliche Ferienwoche erhielten und sie in der Pensionskasse mit niedrigeren Leistungen rechnen müssen, werden sie erneut übergangen. Es reicht: Der VPOD und die unterzeichnenden Lehrpersonen lehnen diese Ungleichbehandlung und Schlechterstellung ab.

Online-Unterschreiben: www.vpod.ch/lohnklasse19
Unterschriften bei den Teamkolleg*innen sammeln:
Petitionsformular als Download: <https://zuerich.vpod.ch/downloads/2019/unterschriftenbogen-petition-lohnklasse19.pdf>

sein muss und wie anspruchsvoll er ist. Das wurde in dieser Publikation über die Situation des Kindergartens im Kanton Zürich einmal mehr betont. Gleichzeitig ist es die Matura oder ein anderer Ausbildungsteil, der relevant für die Einstufung sein soll. Das kann nicht sein. Für das Klima in den Schulteams ist es verheerend, wenn gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird. Das erleben wir bei den Heilpädagog*innen.

Sophie: Die Petition war auch eine Chance, Leute auf die gewerkschaftliche Arbeit und unsere Dienstleistungen anzusprechen. Wir waren schnell. Wir waren vorbereitet. Wir waren zur Stelle, als es uns brauchte. Unsere Botschaft kam mit dieser Petition direkt und klar. Es war eine Möglichkeit, Leute darauf aufmerksam zu machen, dass die gewerkschaftliche Arbeit nur möglich ist, weil es Mitglieder gibt. Wir brauchen Mitglieder, die Beiträge zahlen und so Angestellten ermöglichen gemeinsam zu reagieren. Das geht nur, weil aktive Mitglieder in ihrer Freizeit dafür einstehen. Ich glaube, dass die eine oder andere aufgrund dieser Petition in unsere Gewerkschaft eintritt, weil sie den Sinn erkennt.

Yvonne: Wobei ich es immer noch sehr ernüchternd finde, dass so wenige beitreten. Auch bei der Lohnklage waren die Kindergartenlehrpersonen sehr zurückhaltend. Es wäre schön, wenn wir breiter abgestützt wären. Die Spurgruppe Kindergarten arbeitet mit grossem Engagement. Doch, dass die Petition mehr als 5000 Unterschriften generieren konnte, motiviert mich sehr und bestärkt mich in unserem Bestreben nach einer guten und nachhaltigen Lösung.

Sophie: Das Gute an der Petition war, mit den Leuten im Team und mit Bekannten in den Austausch zu treten. Ich habe gemerkt: Es bewegt die Leute. Ich finde es schön, Solidarität von Leuten zu erleben, von denen ich es nicht erwartet hätte. Ohne die Petition hätte ich nicht über dieses Thema mit ihnen gesprochen. ■

Das Interview führte **Jacqueline Büchi**, Vorstandsmitglied Lehrberufe und Kindergartenlehrperson.

¹ Lehrpersonenausbildung für Kindergarten und Unterstufe.

² Berufliche Quereinsteiger*innen, die am entsprechenden Studiengang an der PH Zürich teilnehmen respektive teilgenommen haben.

Susann Wach am
VPOD-Kongress 2019

«Mehr Zeit, mehr Lohn, mehr Respekt!»

Ein Bericht vom VPOD-Verbandskongress am 8. und 9. November 2019 in St. Gallen.

«Zu müde fürs Kino», so lautet das Fazit der jüngst publizierten Befindlichkeitsumfrage bei den VPOD-Mitgliedern. «Nach einem normalen Arbeitstag bin ich meistens so müde, dass ich mich nicht mehr zu Aktivitäten aufrufen kann», finden zwei Drittel der Befragten. Wie es dazu kommt, erfahren wir am eindrucklichsten geschildert von einem Bus-Chauffeur, einem Trampoliten und einer Krankenpflegerin: zerstückelte Arbeitspläne, fehlende oder zu kurze Pausen, aufwendige Administration. Von den Angestellten im Schweizer Service Public wird – bei stagnierenden Löhnen – höchste Flexibilität und grosses Fachwissen verlangt. Gestärkt durch die branchenübergreifende Solidarität können wir das Positionspapier 2 «Lasst uns unsere Arbeit machen!» bereits am Freitagnachmittag abnehmen.

Weniger einig ist der schweizerische VPOD / SSP bei den «Thesen zu Europa». Die Gastreferentin Fabienne Scandella vom Institut des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUI) zeigt uns auf, dass die Risiken zu psychosozialen Erkrankungen am Arbeitsplatz stetig steigen. Eine entsprechende Gesetzesharmonisierung unter den EU-Ländern ist jedoch ins Stocken geraten und die verbindliche Rahmenvereinbarung über arbeitsbedingten Stress bleibt deshalb wirkungslos.

Vielleicht ist es das schlechte Omen dieser schwierigen Verhandlungen, welches unsere folgende Debatte um das Thesenpapier zu Europa so angeheizt hat. Mein Plädoyer für ein Rahmenabkommen, das auch die kultur- und bildungspolitische Beziehung zur EU regelt, verhallt beinahe ungehört im grossen OLMA-Saal.

Die anschliessende Begegnung mit einer ebenfalls kulturinteressierten Kollegin aus der Region Ostschweiz hat mich aber mehr als versöhnt. Ich kann mir gut vorstellen, am nächsten VPOD-Kongress wieder als Delegierte teilzunehmen. ■

Susann Wach, Lehrberufe Zürich

Der Kantonsrat sagt «ja» zum Musikschulgesetz

Der Kantonsrat hat in der Lesung vom 11. November das neue Musikschulgesetz mit 124 zu 43 Stimmen bei 4 Enthaltungen deutlich angenommen. Dabei handelt es sich um den Gegenvorschlag der Kommission für Bildung und Kultur KBIK des Kantonsrates.

Bereits in der ersten Lesung am 21. Oktober wurde der Vorschlag debattiert. Der Artikel 5d, wonach der Musikunterricht in der Regel von Lehrpersonen mit einem anerkannten Hochschuldiplom oder einer als gleichwertig geltenden Ausbildung erteilt wird, wurde auf Antrag einer bürgerlichen Minderheit an dieser Lesung aus dem Gesetz gestrichen. Dank eines neuerlichen Antrags wurde er nun am 11. November wieder ins Gesetz aufgenommen.

Es bleibt dabei: Wer an einer anerkannten Musikschule unterrichten will, braucht in der Regel ein Hochschuldiplom. Dieser Aspekt war für den VPOD entscheidend. Das Initiativkomitee, mit dem VPOD als unterstützende Organisation, wird den finalen Gesetzestext nun sorgfältig prüfen und über den Rückzug der Initiative entscheiden.

Aktuelle Infos:
www.musikschulgesetz.ch/

Frauenforum VPOD Zürich

Mehr als die Hälfte der VPOD-Mitglieder sind Frauen. In keiner anderen Gewerkschaft sind so viele Frauen organisiert. Der VPOD ist die Gewerkschaft, die frauen- und gleichstellungspolitische Forderungen an die Spitze stellt. Das Frauenforum VPOD Zürich setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt.

Das Frauenforum VPOD Zürich ist ein Gremium der VPOD Region Zürich, in dem sich interessierte VPOD-Frauen mit gleichstellungspolitischen Themen auseinandersetzen und in die Gewerkschaftsarbeit einbringen.

Das Frauenforum ist der Ort, an dem Frauen ihre Erfahrungen, Fragen, Ideen und Anliegen austauschen können. Das Frauenforum setzt sich für die Gleichstellung von Frau und Mann ein, organisiert und koordiniert Kundgebungen, politische Interventionen, Kurse, Veranstaltungen, usw.

Das Frauenforum trifft sich ungefähr sechs Mal im Jahr. Es ist offen für alle VPOD-Frauen der VPOD Region Zürich.

Treffen im 2020:

Montag, 13. Januar, 18:00 – 20:00 Uhr,
VPOD-Sekretariat Zürich

Freitag, 7. Februar, Neujahrsapéro und
Veranstaltung im Volkshaus «Altersvorsorge
einfach erklärt»

Montag, 16. März, 18:00 – 20:00 Uhr,
VPOD-Sekretariat Zürich

Montag, 11. Mai, 18:00 – 20:00 Uhr,
VPOD-Sekretariat Zürich

Montag, 22. Juni, 18:00 – 20:00 Uhr,
VPOD-Sekretariat Zürich mit
anschliessendem Abendessen

Montag, 21. September, 18:00 – 20:00
Uhr, VPOD-Sekretariat Zürich

Montag, 9. November, 18:00 – 20:00 Uhr,
VPOD-Sekretariat Zürich

Interessierte Frauen melden sich
im VPOD-Sekretariat bei Anna-Lea
Imbach,
anna-lea.imbach@vpod-zh.ch

Weiterbildung «Lehrpersonen: Entlastung des Arbeitsalltages erkämpfen»

Die Arbeit im Lehrberuf nimmt zunehmend an Intensität zu. Was können Lehrpersonen individuell, im Kollegium und mit dem VPOD tun, um die notwendigen psychischen und zeitlichen Entlastungen zu erhalten, damit ein qualitativ hochstehender Unterricht gewährleistet bleibt?

Datum: 19. März 2020, 18:00 – 21:00 Uhr

Kursleitung: Fabio Höhener und Anna-
Lea-Imbach, Regionalsekretär*innen VPOD
Zürich Lehrberufe

Kosten: Der Kurs ist für VPOD-Mitglieder
unentgeltlich, Nichtmitglieder zahlen 75
Franken.

Adresse: VPOD-Zentralsekretariat,
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

Anmeldung erwünscht unter:
[www.vpod.ch/kalender/2020/03/
lehrpersonen-entlastung/](http://www.vpod.ch/kalender/2020/03/lehrpersonen-entlastung/)

Agenda

Informationen über
Veranstaltungen und
Versammlungen sind
aufrufbar unter: [www.
zuerich.vpod.ch/
kalender](http://www.zuerich.vpod.ch/kalender)

30. Januar: Veranstaltung zum Thema «Digitalisierung und Medienkompetenz»

Organisiert von der Berufsfachschulgruppe des VPOD mit einem Gastreferat von Daniel Binswanger. Er ist Journalist und Politik-Kommentator und gehört zu den profilierten Politik-Journalisten der Schweiz. Nach Stationen bei «Weltwoche» und «Das Magazin» ist er seit Januar 2018 Redakteur beim digitalen Magazin «Die REPUBLIK».

In seinem Referat wird er über die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung, die von der Simultanität zweier Krisen geprägt ist, sprechen: einer Medienkrise und einer Demokratiekrise.

Diese werden auf dramatische Weise vom Wahlsieg Donald Trumps verschärft; aber auch in Europa sind wir mit analogen Entwicklungen konfrontiert. Den Ausbildungsinstitutionen erwächst damit eine neue Verantwortung: Nichts könnte wichtiger sein, als breiten Bevölkerungsschichten – über alle Bildungsstufen hinweg – eine minimale Medienkompetenz zu vermitteln.

Das VPOD-Sekretariat macht über
Weihnacht/Neujahr Betriebsferien und ist
vom 23.12.19 – 5.1.20 geschlossen.



IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich,
Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 5 / Dezember 2019**, erscheint fünf Mal jährlich, 4. Jahrgang, Auflage: 2800

Sterndeutung als Symptom

Wie die Lektüre von 20 Minuten, alten VPOD-Magazinen und Adorno tägliche Blicke in Horoskope erklärt und vielleicht auch ersetzt. Von Chantal Magnin und Marianne Rychner

Montag, 7. Oktober 2019, 20-Minuten-Lektüre während der vierminütigen Busfahrt: «Junge glauben vermehrt an die Macht der Sterne». Das weckt unsere Aufmerksamkeit, denn wir haben vor Jahren im VPOD-Magazin zu erklären versucht, warum Astrologie-Kurse bei Lehrerinnen und Lehrern gefragt waren. Wir erinnern uns vage daran, dass die Kurse im pseudorationalen Versprechen gipfelten, das Unberechenbare an Kindern berechenbar und mit Hilfe von Sternkonstellationen kontrollierbar zu machen. Wir schauen nach, wann das war: im Dezember 2001, vor bald 18 Jahren¹. Sind die inzwischen erwachsenen Schulkinder der damaligen Lehrpersonen nun selber sternengläubig? War Astrologie am Ende ein versteckter, aber umso erfolgreicherer Lerninhalt?

Anlass des Artikels 2001 war, dass die Berner Schulwarte in ihrem Versand an alle Schulhäuser des Kantons einen Prospekt beilegte, der versprach Schülerinnen und Schüler mit Hilfe von Astrologie besser zu verstehen. In der Tageszeitung Der Bund wurde daraufhin kritisiert, dass Astrologie so zur pädagogischen Leitdisziplin erhoben würde. Die Schulwarte distanzierte sich und die Leserbriefspalten füllten sich sodann bald und kontrovers.

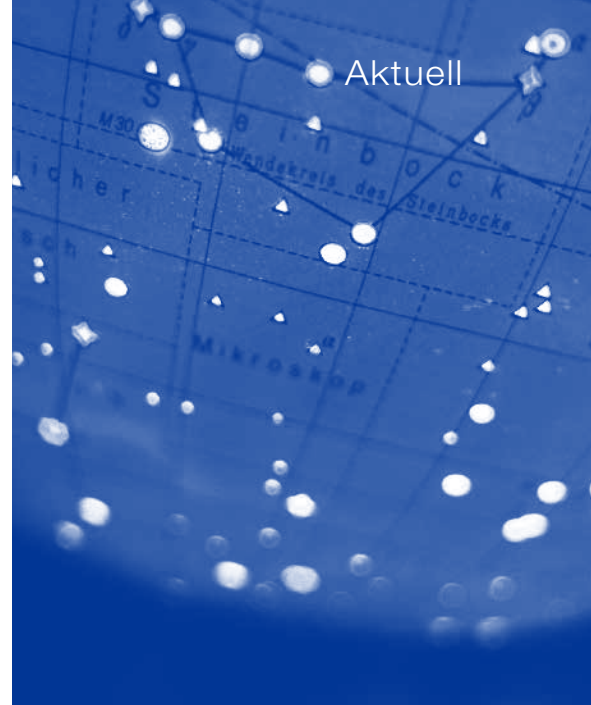
Und heute? Im redaktionellen Teil von 20-Minuten: Gemäss einer befragten Astrologin sei es so, «dass jüngere Menschen es besser verstehen würden, die «seriöse» Astrologie von den Vulgär-Horoskopen abzugrenzen, und sie daher nicht als Ganzes in die «Schmuddelecke» stellen: «Sie sind offener und immuner gegen Vorurteile.» (zit. aus online Version) Bemerkenswert ist, dass hier mit grosser Selbstverständlichkeit Einwände gegenüber Astrologie als Vorurteil dargestellt werden, denen das Immunsystem entgegentritt, manchmal mehr, manchmal weniger («immuner» – immuner als wer oder was? Ist immun überhaupt steigerbar und relativierbar?). Doch nicht nur im einschlägigen Zitat, auch im Kasten mit objektivierendem Anspruch zeigt sich ein formales Bemühen um journalistische Neutralität, so als würden zwei rational begründbare Weltansichten dargestellt: «Seit einigen tausend Jahren kennt die Menschheit Astrologie (...) Die Naturwissenschaft lehnt jede Form von

Astrologie ab, moniert wird die «fehlende wissenschaftliche Grundlage», heisst es.

Das flapsig-relativistische Ende des Kastens mit dem Zitat ohne zitierte Person, wodurch die Anführungsstriche zur ironischen Distanzierung werden, lässt eine zynische Haltung erahnen: eh alles fake, wen interessiert's, müssen alle selber wissen, was sie glauben wollen. Nun gut, ein Zwanzig-Minuten-Artikel – was erwarten wir anderes? Immerhin sei hier eine Hypothese in Bezug auf den Zeitgeist gestattet: Heute, 18 Jahre nach dem Kleinskandal, geht es kaum mehr um die Frage, was stimmt, vielmehr wird achselzuckend-relativistisch zur Kenntnis genommen, was andere halt so finden, einerlei ob wahr oder nicht, Hauptsache es nützt irgendwie.

Im Artikel vor 18 Jahren ging es um die soziologische Frage, was dem Phänomen zugrunde liegt, dass im Umgang mit Schulkindern ausgerechnet solche esoterischen Deutungen zur Anwendung kommen. Wir haben uns damals auf die Analyse von Theodor W. Adorno gestützt, der in seiner 1957 erstmals publizierte Studie *The Stars down to Earth* astrologische Kolumnen in der Los Angeles Times analysierte. Darin deutet er die Astrologie weniger als eine überlieferte Weltansicht denn als eine Ideologie, welche gerade auch in moderne arbeitsteilige Gesellschaften passt und dort Fremdbestimmung legitimiert und verschleiert, denn die Anfälligkeit für den Glauben an Astrologie habe, so Adorno «ihre Basis am Phänomen der universalen und entfremdeten Abhängigkeit, der inneren und der äusseren. Von ihr geht das Horoskop aus: es vertuscht, nährt und exploitiert sie. Dabei handelt es sich nicht einfach um die traditionelle Abhängigkeit der Mehrzahl der Menschen von der organisierten Gesellschaft, sondern um die anwachsende Vergesellschaftung des Lebens, die Erfassung des Einzelnen durch unzählige Fangarme der verwalteten Welt»².

Die anwachsende Vergesellschaftung des Lebens und unzählige Fangarme der verwalteten Welt also bereits vor über 60 Jahren? Und heute? Bezogen schon nur auf die Bildungsinstitutionen, die die im 20-Minuten-Artikel erwähnten jungen Erwachsenen eben erst hinter sich gelassen haben, zeigen sich doch etliche Weiterent-



wicklungen der von Adorno festgestellten Tendenzen: Lernzielkontrollen, Kompetenzraster, Standortgespräche, pädagogische Verträge, Diagnosetools, MINT-Baukasten in der KITA, Multichecks und vieles mehr. Folgerichtig also, dass Astrologie weiterhin dazu taugt, den steigenden Anpassungsdruck zu legitimieren, denn wenn das, was das Individuum will, identisch ist mit dem, was der Kosmos mit ihm vorhat, dann passt alles bestens und nicht nur der Arbeitsmarkt funktioniert: «Wir haben aussergewöhnlich viele junge, sehr motivierte Astrologinnen und Astrologen in unseren Berufsverband aufnehmen können», wird Madame Etoile, Präsidentin des Schweizerischen Astrologenbundes zitiert. Falls Adorno mit seiner Deutung also richtig lag, was uns plausibel erscheint, dann ist auch die Information im 20-Minuten leider wohl richtig, wenn auch die darin präsenzierte Deutung ebenso unzureichend wie aufschlussreich ist in Bezug auf den Zeitgeist. Und ob die prominent und wiederholt im Schulfeld geforderte Reflexionskompetenz dieser Tendenz künftig etwas entgegenzusetzen haben wird?

Reflektieren hiess früher übrigens eher «nachdenken», was irgendwie weniger technisch klingt, während reflektieren sich genau genommen auf das Zurückwerfen des Lichts bezieht. Ob auch hier die dauerreflektierenden Sterne dahinterstecken? ■

Chantal Magnin und Marianne Rychner haben während ihres Soziologiestudiums Ende der 1990er-Jahre unter anderem esoterische Deutungsmuster erforscht und sind nun an verschiedenen Hochschulen in der Schweiz tätig.

¹ Chantal Magnin und Marianne Rychner. Wenn in den Sternen steht, wie SchülerInnen funktionieren. In: vpod bildungspolitik 124 (2001), S. 8 – 11.

² Theodor W. Adorno. Aberglaube aus zweiter Hand. In: derselbe: *Gesammelte Schriften* 8. Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M. 1997, S. 171/172. (Deutsche Kurzfassung von: *The Stars down to Earth*. In: Adorno, T.: *Gesammelte Schriften* 9/2. Soziologische Schriften II. Frankfurt a.M. 1997, S. 7 - 120).

Wie und wem Schule schadet

Und wie dies vermieden werden könnte.
Von Hans Joss

Das 11 Jahre dauernde Volksschulsystem benachteiligt vor allem Schülerinnen und Schülern aus sozial schwächeren Verhältnissen und hinterlässt bei diesen bleibende psychische Schäden. Eine Gruppe sind etwa Erwachsene, die von Illettrismus (Lese- und Schreibschwäche) betroffen sind. Selbst auf noch so gut gemeinte Kampagnen vom Bund («einfach besser») sprechen diese Erwachsenen nicht an. Zu tief sitzen erlittene Beschämungen und Verletzungen aus der Schulzeit.

Nach meiner Pensionierung als Dozent an der PH Bern übernahm ich während sieben Jahren das Präsidium des Vereins Lesen und Schreiben für Erwachsene Bern. Seit mehr als 10 Jahren begleite ich Lernende eines 10. Schuljahres in der Stadt Bern mit individueller Lernförderung. Beide Tätigkeiten – das Präsidium und die Lernförderung – zeigten mir, dass unser Bildungssystem neben vielen Stärken auch markante Schwachstellen aufweist. Schwachstellen, die Lernenden zum Verhängnis werden. Die zu Langzeitschäden führen, die durch Übergriffe und Unterlassungen des Schulsystems ausgelöst werden.

Auswirkungen des Bildungssystems auf Lebensläufe

2018 wurde die Dissertation von Thomas Meyer, «Wie das Schweizer Bildungssystem Bildungs- und Lebenschancen strukturiert. Empirische Befunde aus der Längsschnittstudie TREE», publiziert. Thomas Meyer begleitete Lernende von der Schulzeit bis ins Erwachsenenalter. Ihn interessiert die Frage, wie das Schweizer Bildungssystem Bildungs- und Lebenschancen strukturiert und beeinflusst: Wie sieht der Lebensverlauf von Lernenden aus, die zehn Jahre nach Verlassen der obligatorischen Schule keinen Berufsabschluss haben, in der Regel auch keinen Abschluss mehr schaffen, lebenslang auf Sozialhilfe angewiesen sind? Eine zentrale Frage nach der Qualität unseres Bildungssystems, aber auch nach der Nachhaltigkeit der eingesetzten öffentlichen Gelder.

In seiner Studie zeigt Thomas Meyer eindrücklich, wo das öffentliche Schulsystem überfordert ist und einem Teil der Lernenden grosse Schäden beifügt. Schädigungen, denen Schülerinnen und Schüler hilflos ausgesetzt sind. Schule hat den bedingungs-

losen Auftrag zu fördern und Lernende zu schützen. Gemessen an den Ergebnissen der Langzeitstudie von Meyer muss die Schule dringend Änderungen vornehmen – oder aufgrund ihres Scheiterns den Auftrag einer anderen Institution übergeben. Auch die Frage von Entschädigungen drängt sich auf.

Selektion ist strukturelle Gewalt

Während Jugendliche in einer äusserst verletzlichen Entwicklungsphase daran arbeiten, ihre Persönlichkeit aufzubauen, eine Identität zu entwickeln, werden sie von der Institution Schule in unterschiedliche Leistungsgruppen eingeteilt. Ein willkürliches Vorgehen, das nach heutigem Erkenntnisstand unzulässig ist, weil Prognosen zu Leistungsentwicklungen über drei Jahre zu unsicher sind, über einen zu hohen Zufallsanteil verfügen. Die Schule masst sich hier eine Zuweisungskompetenz an, welche ohnehin benachteiligte Lernende zusätzlich schwächt, demotiviert und stigmatisiert. Hier einige Zitate aus Thomas Meyers Dissertation, die genau darauf verweisen:

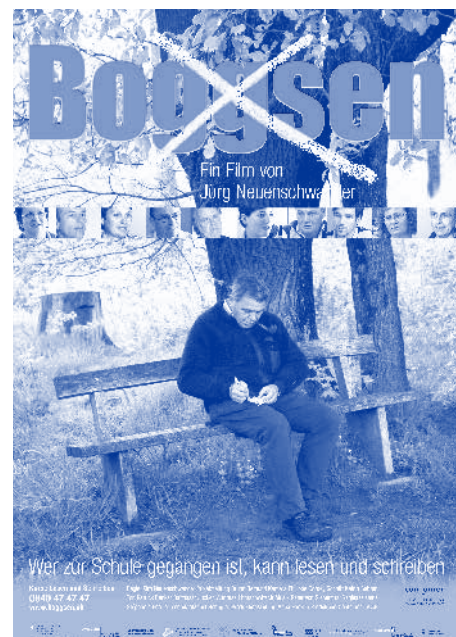
«Einige Faktoren, welche grösstmöglicher Chancengleichheit im Bildungswesen entgegenwirken, lassen sich allerdings herauskristallisieren. Relativ eindeutig sind die Befunde zur Wirkung von (früher) Selektion und Gliederung auf Volksschulstufe.»

«Die frühe und schwer korrigierbare Selektion spurt auch in hohem Masse die Chancen und Möglichkeiten vor, die den Lernenden nach Erfüllung der Schulpflicht für ihre weiterführende Bildungslaufbahn offenstehen. Dies ist umso stossender, als die Grundlagen, auf denen diese schwerwiegenden Selektionsentscheide basieren, nachweislich höchst unzuverlässig und ungenau sind (Kronig, 2007).»

«Hier legen die international verglichenen Analysen nahe, dass selektive, gegliederte Grundbildungssysteme, wie sie in der Schweiz verbreitet sind, den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg verstärken, und zwar in der Tendenz umso ausgeprägter, je früher die Selektion erfolgt.»

Entschädigungen angemessen

Die Leistungen der öffentlichen Schule sind unbestritten. Bei diesen dürfen wir aber die 10-15 Prozent Lernenden nicht vergessen,



Beispiele, wie Schule lernen verhindert und so Kindern und Jugendlichen schadet, zeigt der Film «Boggsen» von Jürg Neuenschwander. Informationen unter: www.boggsen.ch

welche die Staatsschule mit bleibenden Nachteilen und Schädigungen verlassen. Ein öffentliches Bildungssystem, das während 11 Jahren systematisch optimale individuelle Förderung bei sozial benachteiligten Lernenden unterlässt und sabotiert, richtet unter staatlicher Aufsicht Schaden an. Junge Menschen verlassen die Schule mit ungenügenden Kompetenzen in Lesen und Schreiben. Ihre Defizite bei diesen Grundkompetenzen führen zu eingeschränkter Lebensqualität.

Dies wäre zu verhindern, wenn ausreichende Ressourcen für individuelle Förderung während der obligatorischen Schulzeit zur Verfügung ständen. Die Schülerinnen und Schüler, die diese Förderung nicht erhielten, sollten dringend finanzielle Entschädigungen für erlittenes Unrecht erhalten. Ähnlich, wie bereits heute die ehemaligen Verdingkinder. ■



Hans Joss ist promovierter Psychologe FSP. Er war Dozent am Institut für Weiterbildung und ist derzeit als freier Psychologe, Supervisor und Coach tätig.

Literatur:

Thomas Meyer: Wie das Schweizer Bildungssystem Bildungs- und Lebenschancen strukturiert. Empirische Befunde aus der Längsschnittstudie TREE, 2018. Download der Dissertation unter: <https://edoc.unibas.ch/64085/>

Winfried Kronig: Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs. 2007.

Kinder besser schützen – auch in der Familie

In der Schule gelten Schläge längst als Sakrileg. In der Familie aber werden sie immer noch als erlaubt betrachtet, oft gar als legitimes Erziehungsmittel verteidigt. Das muss sich ändern.

Von Barbara Heuberger

Jede Lehrerin, jeder Lehrer weiss, dass Kinder in der Schule nicht geschlagen werden dürfen. «Körperstrafen sind heute in keiner Weise gestattet, auch Ohrfeigen nicht, gleichgültig, ob die Schulgesetzgebung sie ausdrücklich verbietet oder ob sie sich ausschweigt», schreibt Herbert Plotke, juristischer Berater von Schulen, Behörden und Eltern.¹ Ebenso seien alle anderen entehrenden oder entwürdigenden Strafen (in der Ecke knien usw.) zu unterlassen.

Seit Jahren streitet man hierzulande über die Frage, ob Ohrfeigen einem Kind schaden oder nicht und ob sie auch in der Familie ausdrücklich verboten werden müssten. Zwar wurde in der Schweiz das Züchtigungsrecht der Eltern 1978 abgeschafft. Ein explizites Züchtigungsverbot existiert allerdings nicht. Höchste Zeit also für ein Umdenken, eine neue gesetzliche Regelung ausserhalb des Strafrechts und eine Sensibilisierungskampagne, umso mehr, als gemäss einer ZHAW-Studie² ein Fünftel der Jugendlichen in der Schweiz zu Hause schwere Gewalt erlebt. Hinzu kommt, dass Gewalt unter Erwachsenen im Familienkreis – Stichwort «Häusliche Gewalt» – absolut verpönt ist. Weshalb soll dies gegenüber Kindern anders sein?



Körperstrafen sind schädlich

Fachleute sind sich einig: Körperstrafen können die Beziehung zwischen Eltern und Kind in vielen Fällen massiv stören. Der Griff zur Gewalt schwächt das Selbstvertrauen des Kindes, stört seine soziale, intellektuelle und emotionale Entwicklung und fördert aggressives Verhalten. «Gewalt ist weder halt- noch legitimierbar», betont Andreas Brunner, ehemaliger Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich. «Von Körperstrafe als Erziehungsmethode kann nicht die Rede sein: Entweder wir sprechen von Gewalt oder von Erziehung. Erziehung mit Gewalt ist ein Widerspruch in sich», betont er. Brunner ist Präsident des Vereins «Gewaltfreie Erziehung», der sich dafür einsetzt, dass das Recht der Kinder auf gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch verankert wird.

Gute Erfahrungen mit Gesetzesartikel in Deutschland

«Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Massnahmen sind unzulässig.» Diesen Artikel hat Deutschland im November

2000 in sein Bürgerliches Gesetzbuch, das unserem Zivilgesetzbuch (ZGB) entspricht, aufgenommen. «Das Gesetz fördert nicht nur kritische Einstellungen zur Gewalt, sondern sensibilisiert Eltern obendrein für Gewalt in der Erziehung», schreibt Kai D. Bussman in seiner Studie zu dessen Auswirkungen.⁴ Darin belegt er, dass die Gewalt an Kindern seit der Einführung des Gesetzes in Deutschland gesunken ist.

Manche Politikerinnen und Politiker wie Eltern im Allgemeinen wehren sich aber gegen einen solchen Gesetzesartikel. Denn sie befürchten, bestraft zu werden, sollte ihnen einmal die Hand ausrutschen. Bussmanns Kommentar dazu: «Das gesetzliche Verbot hat in Deutschland zu keiner Ausweitung der Kriminalisierung von Eltern geführt, obwohl durch seine Einführung häufiger auf Fälle von Misshandlung in der näheren sozialen Umwelt reagiert und immer weniger weggeschaut wird.» Man wolle Eltern, die ihre Kinder schlagen, helfen, sie aber nicht kriminalisieren.

Diese Haltung vertritt auch der Verein «Gewaltfreie Erziehung»: «Wir wollen niemanden kriminalisieren, deshalb wollen

Der Verein «Gewaltfreie Erziehung» wurde 2018 gegründet. Er sammelt Unterschriften für eine Petition, die ein gesetzlich verankertes Recht auf gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch verankern will. Derzeit haben bereits 9200 Menschen die Petition unterzeichnet haben.

Weitere Informationen und Unterschriftenbögen unter www.keine-gewalt-gegen-kinder.ch

wir das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch verankern und nicht im Strafgesetzbuch», sagt Andreas Brunner. Von einem entsprechenden Gesetzesartikel verspricht er sich eine hohe Signalwirkung und längerfristig einen Wandel der Denkmuster in dieser Frage. Dies vor allem auch, weil ein solcher Artikel dem Bund ermöglichen würde, Informations- und Sensibilisierungskampagnen anzustossen und zu unterstützen.

Harzige Umsetzung der UN-Konvention

Seit der Unterzeichnung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes durch die Schweiz sind 22 Jahre vergangen. Die Umsetzung kommt nur schleppend voran. Die Schweiz ist von der Uno bereits zweimal gerügt worden, weil sie dieses Recht bisher nicht auf Gesetzesebene festgeschrieben hat. Mehrere Motionen, die eine gesetzliche Verankerung des Rechtes auf gewaltfreie Erziehung im ZGB forderten, sind im Nationalrat gescheitert. Bundesrat und Parlament lehnen bis heute alle Vorstösse mit der Begründung ab, die derzeitige Gesetzeslage genüge. Dem widersprechen die Erfahrungen vieler Fachpersonen im Bereich Kinderschutz, aber auch zahlreiche Studien zum Thema Gewalt an Kindern.

Demnächst erhält der Nationalrat eine neue Chance: Die Walliser CVP-Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet fordert in einer Motion vom Juni 2018 erneut ein Gesetz, das körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Massnahmen gegenüber Kindern als unzulässig erklärt.

Philip Jaffé, Direktor des Centre of Children's Rights an der Universität Genf und seit 2018 Mitglied im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, macht eine klare Ansage: «Die Schweiz liebt ihre Kinder. Und wir sind ein reiches Land. Also sollten wir der Welt zeigen, dass die Rechte unserer Kinder Priorität haben.» ■



Barbara Heuberger ist freie Journalistin mit dem Thema «Kinderrechte». Sie hat den Verein «Gewaltfreie Erziehung» gegründet.

1 Herbert Plotke: Schweizerisches Schulrecht. Bern: Haupt, 2003.

2 Dirk Baier: Studie zur Entstehung von politischem Extremismus unter Jugendlichen in der Schweiz, ZHAW, 2017.

3 Bürgerliches Gesetzbuch, § 1631 Abs. 2 Satz 2.

4 Kai D. Bussmann: Auswirkungen des Verbots von Gewalt in der familialen Erziehung in Deutschland 2010.

Schule in Bewegung

Das Spiel «Street Racket» eignet sich für Unterricht und Pausen.
Von Marcel und Rahel Straub und Samuel Maurer



In der kalten Jahreszeit ist es schwieriger, den Schülerinnen und Schülern (SuS) sowohl während des Unterrichts als auch in den Pausen genügend Möglichkeiten anzubieten, sich zu bewegen. Hier sind Bewegungsangebote sinnvoll, die einfach und rasch genutzt sowie ohne grossen Aufwand umgesetzt werden können. Genau das sind die wichtigsten Kriterien, anhand deren Rahel und Marcel Straub «Street Racket» entwickelt haben.

Niederschwellig

Um ihr grosses Ziel, die Bewegungskompetenz eines jeden zu steigern, zu erreichen, haben sie ein Bewegungskonzept entwickelt, welches keiner Infrastruktur bedarf: Street Racket ist ein Spiel, das von jedermann, überall und jederzeit gespielt werden kann. Die Spielfelder können mit Kreide (Indoor mit Tape oder Bodenmarkierungen) aufgezeichnet werden und los geht's. Spielmaterial und Felder sind sehr einfach und brauchen keine Wartung, die eigens entwickelten Bälle sind aus Schaumstoff und verursachen weder Lärm noch Schäden.

So werden im Handumdrehen Schulzimmer, Vorräume, Korridore und überdachte Aussenanlagen zu bewegten Orten der Begegnung – auch im Winter. Street Racket

wirkt damit auch inklusiv und integrativ. Jeder kann auf seinem aktuellen Niveau, unabhängig von Konstitution und sportlicher Erfahrung, einsteigen und mittun. Sowohl die Intensität als auch die Komplexität der Spielformen können stufenlos und individuell an das Können und das Alter der SuS angepasst werden, sodass jeder Spieler im richtigen Mass gefördert und gefordert wird, und dies gleichzeitig koordinativ und kognitiv. Es existieren bereits über 200 Spiel- und Anwendungsformen. Die benötigten Schläger können zudem im Werkunterricht selbst hergestellt werden. Ein ganz wichtiger Aspekt des Konzepts ist auch der einfache Transfer zu einer selbstbestimmten, sozialen, aktiven und sinnvollen Freizeitgestaltung.

Die Grundregeln von Street Racket sind einfach und stellen sicher, dass es zu langen Ballwechsellern kommt. Es existieren zudem nicht nur kompetitive, sondern auch sehr viele kooperative Spielformen. Street Racket kann sehr schnell erlernt werden. Die raschen Erfolgserlebnisse sorgen für viel Motivation und somit für regelmässige Bewegung. Dank dem rhythmischen Hin und Her des Balles kann auch dem grossen Problem der Kurzsichtigkeit (Myopie) entgegengewirkt werden, welche durch die Digitalisierung immer pandemischere Ausmassen annimmt.



Bewegte Pausen, bewegter Unterricht

Mit Street Racket kann jede noch so kurze Pause um ein spannendes, gesundes Bewegungsangebot bereichert werden.

Bewegung in den Pausen ist eine sehr wichtige Grundlage für die positive motorische und auch psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Junge Menschen brauchen diese regelmässige Bewegung auch, um im Schulalltag motiviert, konzentriert und aufmerksam zu bleiben. Physische Bewegung ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sie stellt nicht nur unsere Mobilität sicher, sondern ist auch ein wichtiges Erfahrungs- und Gestaltungselement.

Im Kontext Schule wird diese Ausgangslage zunehmend genutzt, indem Lerninhalte nicht – wie es früher oftmals üblich war – vorwiegend akustisch oder visuell vermittelt werden. Gezielte Aufgabenstellungen, welche auch die Motorik ansprechen, können wertvolle Wahrnehmungen und Erfahrungen für das kognitive Lernen ermöglichen. Gerade auch Unterricht, der Bewegungen einbezieht, braucht Instrumente, welche rasch und ohne grossen Aufwand eingesetzt werden können. Diese erleichtern der vielbeschäftigten Lehrerschaft den Einstieg und motivieren so, sich dem Thema «Bewegung» anzunehmen.

Seit Anfang 2018 spannen «Street Racket» und «lifetime health» in Sachen bewegte Schulen zusammen. Entstanden ist ein sehr innovatives, kreatives und nutzerfreundliches Gesamtkonzept: «Rock the School» – Bewegtes Lernen mit Street Racket. «Klassischer» Unterrichtsstoff wie Mathematik, Sprachen etc. können bewegt mit Schläger und Ball (oder eingangs auch mit Fangen und Werfen) erlernt werden. Die körperliche Aktivität, nicht nur in den Pausen, sondern auch während des Unterrichts, sorgt für eine ausreichende Sauerstoffversorgung und das Aktivieren vieler zusätzlicher Synapsen. Beides ist für das Lernen äusserst förderlich,

denkt man schon nur an die gesteigerte Aufmerksamkeit und positive Grundatmosphäre – und den Spass am Lernen!

Bei der Umsetzung von Street Racket im bewegten Unterricht wird empfohlen, mit kleinen Schritten neue Ideen anzugehen, um sich langsam die Potentiale dieser spannenden Welt anzueignen. Das «Bewegte Lernen» soll das methodische Repertoire einer Lehrperson ergänzen und keinesfalls andere Methoden ersetzen. Es bietet sich an, anfänglich vereinzelt Unterrichtssequenzen bewegt zu gestalten, um Erfahrungen zu sammeln. Oder es werden fächerübergreifend Grundlagen gelegt, damit Bewegung störungsfreier in den Unterricht einfließen kann. Beispielsweise können vorbereitend im Sportunterricht bereits gewisse motorische Fähigkeiten vermittelt werden, was spätere Umsetzung im Klassenzimmer erleichtert. In allen Fällen ist eine durchdachte Planung sinnvoll. Ebenfalls hilfreich ist es, wenn man sich im Kollegium gegenseitig beraten und gemeinsam von den gemachten Erfahrungen profitieren kann.

Für die Einführung in Street Racket und auch für das Bewegte Lernen mit Street Racket werden sehr beliebte Kurse in verschiedenen Längen angeboten und es wurden ergänzend anwenderfreundliche Lehrmittel verfasst. Let's rock the school! ■

Marcel und Rahel Straub leiten «Street Racket», **Samuel Maurer** «lifetime health».

www.streetracket.com
www.rock-the-school.com
www.lifetimehealth.ch/gesundheitsbildung-und-beratung/bewegtes-lernen/



FIFO – Abgelaufen

Ein Film über Dilemmasituationen und Grundlagen für «gute» Entscheidungen.
Von Mireille Gugolz

Stéphane hat einen neuen Job im Supermarkt: Nach dem Prinzip «First in, First out» (FIFO) muss er die abgelaufenen Lebensmittel aussortieren und im Abfallcontainer entsorgen. Regelmässig kommen junge Mülltaucher vorbei und bedienen sich an den weggeworfenen, aber noch geniessbaren Esswaren. Für die Geschäftsleiterin ist dies Diebstahl und überdies Imageschädigend für den Betrieb. Sie ordnet an, dass die weggeworfenen Lebensmittel im Container mit Chlor übergossen und ungeniessbar gemacht werden. Ein Kollege von Stéphane, der sich diesem Befehl widersetzt, wird entlassen. Stéphane steht vor einem Dilemma: Eigentlich findet er es ethisch nicht in Ordnung, Essen, das noch gut ist, absichtlich zu verätzen. Aber kann er es sich leisten, die Anordnung der Chefin zu ignorieren und damit seinen Job aufs Spiel zu setzen?

Am Beispiel der aktuellen Thematik Food Waste schildert der Kurzfilm die moralische Dilemmasituation eines jungen Mannes, der sich gezwungen sieht, eine schwierige Entscheidung zwischen seinen ethischen Prinzipien und der eigenen Existenzsicherung zu treffen.

BNE-Kompetenzen, Unterrichts Anregungen

Zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehören spezifische personale, soziale, fachliche und methodische Kompetenzen. In den folgenden Impulsen werden besonders das Reflektieren eigener und fremder Werte, das Wechseln von Perspektiven und das Übernehmen von Verantwortung gefördert.

Impuls 1: Food Waste

Ziel: Die SchülerInnen erkennen und reflektieren problematische Aspekte und mögliche Folgen von Food Waste. Sie entwickeln eigene Projekt-Ideen zur Reduktion von Food Waste.

Dauer: 3 bis 4 Lektionen, je nach Aufwand für Recherchearbeit.

Material: Anleitung «Placemat Food Waste»; Internet

Umsetzung:

Vor dem Film (circa 20 Minuten) Vorgängig als Hausaufgabe oder am Beispiel von mitgebrachten Lebensmitteln untersuchen und vergleichen die SchülerInnen die Haltbarkeitsangaben/Verfalldaten verschiedener Produkte und tauschen sich zu zweit darüber aus.

Welche Information können wir aus dem Haltbarkeitsdatum entnehmen? Welchen Zweck und welche Bedeutung haben die Angaben wohl? Was ist wie lange haltbar? Esse ich Lebensmittel noch, wenn das Haltbarkeitsdatum bereits abgelaufen ist? Was passiert mit den Lebensmitteln, wenn das Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist?

Im Plenum werden die Begriffe «Mindesthaltbarkeitsdatum» und «Verbrauchsdatum» geklärt. Die SchülerInnen überlegen, wie oft sie selber Lebensmittel fortwerfen, die sie oder ihre Familien gekauft haben. In Kleingruppen tauschen sich die SchülerInnen über das eigene Verhalten aus. Jede Schülerin / jeder Schüler notiert die wichtigsten Erkenntnisse aus der Gruppe.

Film schauen (13 Minuten)

Beobachtungsauftrag: Die eine Hälfte der SchülerInnen soll während dem Film auf die Aussagen der Laden-Chefin achten, die andere Hälfte auf die Aussagen/Argumente von Valentin.

Den Film eventuell bei Minute 9:25 stoppen und fragen, was wohl in den nächsten Minuten geschehen wird. Die Ideen können in einer Murmel-Runde zu zweit ausgetauscht oder laut in der Klasse geteilt



werden. Anschliessend wird der Schluss des Films geschaut und mit den Vermutungen der SchülerInnen verglichen.

Nach dem Film (circa 20 Minuten)

- Perspektivenwechsel

Zu zweit notieren die SchülerInnen gemäss ihrem Beobachtungsauftrag auf Karteikarten Aussagen und Argumente

- a) der Chefin
- b) von Valentin

Zur Unterstützung kann die Kopiervorlage «Dialog Chefin – Valentin» beigezogen werden. Die SchülerInnen lesen den Dialog und formulieren die Argumente in eigenen Worten.

- Meinungsbarometer (circa 15 Minuten)

Die Karten werden im Raum sichtbar aufgehängt. Alle SchülerInnen bilden einen Kreis im Raum. Jeweils eine Person wählt eine Aussage und steht in die Mitte des Kreises. Der Schüler / die Schülerin liest die Aussage vor und alle ändern entscheiden, ob sie dieser Aussage zustimmen oder nicht. Wer zustimmt, bewegt sich Richtung Mitte. Je näher eine Person zur Mitte steht, umso stärker stimmt sie der Aussage zu.

- Thematische Reflexion (circa 30 Minuten)

In Kleingruppen erörtern die SchülerInnen Fragen rund um die Problematik von Food Waste, z.B. mögliche Folgen, wenn übrig gebliebene Lebensmittel weggeworfen bzw. nicht weggeworfen werden, welches wirtschaftliche, gesundheitliche oder ethische Überlegungen aus Sicht des Detailhandels und aus Sicht der KonsumentInnen sein könnten, was Lebensmittelläden oder andere Unternehmen tun könnten, um Food Waste zu verringern etc.

- Recherchearbeit (optional, 20 Minuten)

Gemeinsam definiert die Gruppe Themen, über welche sie noch mehr Informationen benötigt, um die Problematik und die Folgen von Food Waste besser zu verstehen. Recherche in Einzelarbeit oder zu zweit und Austausch der Erkenntnisse.

- Projektidee (20 Minuten)

In Kleingruppen (3 oder 4 Personen) entscheiden sich die SchülerInnen für ein Anliegen/Ziel, das sie zum Thema Food Waste verfolgen würden. Mit der Methode der Placemat entwickeln die SchülerInnen Ideen für ein konkretes Projekt in ihrer Umgebung. Bedingung: im Projekt müssen beide Positionen (Unternehmen & Konsument/-innen) berücksichtigt werden. Gibt es eine Möglichkeit, eine Win-Win-Situation zu schaffen?

- Präsentation (20 Minuten)

Die Projektideen werden in der Klasse gegenseitig vorgestellt (Plakate oder je nach Möglichkeiten digitale Form). In einer Abstimmung werden «Siegerprojekte» nach folgenden Kriterien nominiert: Realisierungschance, Kreativität, Wirkung, Win-Win

Impuls 2: Dilemma

Ziel: Die SchülerInnen reflektieren eigene und fremde Wertehaltungen. Sie erweitern ihre Wertekompetenz und ihre moralische Diskursfähigkeit.

Dauer: 2 bis 3 Lektionen

Material: Arbeitsblatt «Dilemma»

Umsetzung:

Vor dem Film (15 Minuten)

Gemeinsam wird erörtert, was ein Dilemma ist. Zur Veranschaulichung werden im Plenum Beispiele von Dilemmata gesammelt (ohne die Lösung zu diskutieren). Die SchülerInnen werden dazu aufgefordert, sich Situationen in ihrem Leben zu überlegen, in welchen sie sich selber mit einem Dilemma konfrontiert sahen. Zu zweit tauschen sich die SchülerInnen über ihre eigenen Erfahrungen aus.

Film anschauen (13 Minuten)

Film anhalten bei Minute 9:25. Die SchülerInnen überlegen sich: «Was würde ich tun in der Rolle von Stéphane?» Sie notieren in einer Denkblase drei Sätze, die Stéphane in diesem Moment durch den Kopf gehen. Danach wird der Film fertig geschaut.

Nach dem Film (75 Minuten)

- Individuelles Reflektieren: Die SchülerInnen denken für sich nochmals über die Geschichte und das Dilemma nach, welches sich Stéphane bietet. Was wissen wir über Stéphane? Worin bestand sein Dilemma?

- Dilemma-Klärung: Im Plenum klärt die Lehrperson die Wahrnehmung der SchülerInnen hinsichtlich der Geschichte. Welches ist das Grunddilemma? Inwiefern wird die Situation überhaupt als Dilemma eingeschätzt?

- Die Blätter mit den Denkblasen werden ausgelegt und mit dem Ende des Films verglichen.

Individuell und ohne zu sprechen überlegen die SchülerInnen: Wie hat sich Stéphane entschieden? Was waren seine Gründe und was ist das Unangenehme an diesem Entscheid?

- Erste Abstimmung: Die Lehrperson führt bezogen auf die Entscheidung von Stéphane eine Abstimmung durch: Wer hätte sich gleich entschieden wie Stéphane, wer anders? Das Resultat wird visualisiert, je nach Möglichkeiten auf einem Flipchart oder digital (z.B. mit www.menti.com).

- Vorbereitung der Diskussion: Es werden zu jeder Position Gruppen gebildet (je 3 - 4 Personen). Jede Gruppe sammelt Argumente für ihre Position.

- Diskussion im Plenum: Die Gruppen diskutieren gemeinsam ihre unterschiedlichen Standpunkte. Diskussions-Regeln: a) Jedes Argument ist zulässig. Keine andere Aussage wird bewertet oder angegriffen, b) die SchülerInnen können den nächsten Sprecher / die nächste Sprecherin aus dem Gegenlager selbst aufrufen.

- Nominierung der besten Gegenargumente: Jede Schülerin / jeder Schüler nominiert das beste Argument der jeweiligen Gegenseite. Resultate werden visualisiert.

- Zweite Abstimmung: In der gesamten Gruppe wird erneut abgestimmt: Wer hätte gleich wie Stéphane bzw. anders als Stéphane entschieden?

- Die Ergebnisse werden wiederum festgehalten und mit denjenigen der ersten Abstimmung verglichen.

- Reflexion: Die gemeinsame Aktivität wird hinsichtlich erzieltm Lernerfolg und empfundenen Emotionen reflektiert.

Schlussreflexion: Wie sind die Gruppen mit den Überlegungen und Argumente der andern umgegangen? Welche Argumente und Verhalten haben die einzelnen oder die gesamte Gruppe weitergebracht oder gehindert? Hat es Meinungsänderungen gegeben? Was hat Anlass dazu gegeben?

Eventuell abschliessend nochmals auf den Film zurückkommen: Wer hat in welchem Moment wem gegenüber Mut oder Zivilcourage bewiesen? Wer hat in welcher Situation welchen Handlungsspielraum? Wie steht es mit Machtverhältnissen? Kann es sich «lohnen», Befehle zu missachten? Gäbe es aus Stéphane's Dilemma einen Ausweg, eine Win-Win-Situation? ■

FIFO – Abgelaufen. Kurzspielfilm von Sacha Ferbus und Jeremy Puffet, Belgien 2017, 13 Minuten. Alter und Zielgruppe: ab 14 Jahren; 3. Zyklus, Sek II, Gymnasium und Berufsbildung. Sprache: Französisch, Deutsch untertitelt. Der Film ist auf dem VOD-Portal zur Miete (Streaming) verfügbar.

Die im Text erwähnten Unterlagen (Anleitung «Food Waste – Placemat», Kopiervorlage Dialog, Arbeitsblatt Dilemma) finden Sie auf der Webseite catalogue.education21.ch

Leere Spekulationen

Die Postkapitalismus-Diagnose Paul Masons überzeugt nicht, da es dem Autor an ökonomischen Kenntnissen fehlt.

Von Thomas Ragni

Die zentrale These Paul Masons lautet (S. 59f.), der Kapitalismus benötige Wirtschaftswachstum so notwendig wie jedes Lebewesen Sauerstoff zum Atmen. Daher seien die säkularen Stagnationstendenzen des Kapitalismus ein eindeutiges Zeichen an der Wand, dass er in sich selber die Bedingungen seiner baldigen Auflösung geschaffen habe.

Die weltweit sich anbahnende demografische Zeitbombe (auch S. 324 ff) und die sich aufbauenden Instabilitäten in der Folge der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise seien bloss Folgeerscheinungen der chronisch gewordenen globalen Stagnationstendenzen. Die neue Ära einer «postkapitalistischen» Wirtschaft wird sich aus dem alten Wirtschaftssystem gleichsam blind und bewusstlos wie ein evolutiver Naturprozess herausbilden.¹ Trotzdem kann zumindest der Übergang durch reflektierendes, vorausschauendes kollektives Handeln gestaltet werden – ja nicht durch rigide staatliche Planungsvorgaben (der Ursünde des sowjetischen Kommunismus): «Aber glücklicherweise gibt es einen anderen Weg. Um ihn beschreiten zu können, müssen wir keinen Plan entwickeln, im Gegenteil: Wir müssen einen spontanen Mikroprozess verfolgen. Unsere Lösung muss zu einer Welt der Netzwerke, der Informationsgüter, der Komplexität und der exponentiellen Veränderung passen.» (S. 302)

Der Kapitalismus muss gar nicht

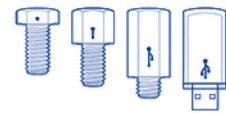
Doch wieso «muss» sich der Kapitalismus so oder so – also mit historischer Notwendigkeit – in absehbarer Zeit selber auflösen? Ohne es je theoretisch zu begründen und durch empirische Untersuchungen zumindest ein wenig zu untermauern, behauptet der Autor einfach ins Blaue hinaus: «Eine auf Wissen beruhende Volkswirtschaft kann aufgrund

ihrer Tendenz zu kostenlosen Produkten und schwachen Eigentumsrechten keine kapitalistische Volkswirtschaft mehr sein.» (S. 234) Er stützt sich auf seine Pseudo-Begründung, die er im Abschnitt «Die Informationsgüter verändern alles» (S. 164 ff.) zu liefern versucht. Allein, auch hier findet sich nur ein Sammelsurium von Glaubenssätzen, ohne jede Analyse und Argumente.

Der Nicht-Ökonom Paul Mason diagnostiziert bei den VertreterInnen der Mainstream-Ökonomik pures Ignorantentum. Stutzig macht allerdings, dass er die Mainstream-Ökonomik bloss als Karikatur darstellt, um sie dann mit einer Überlegenheitsattitüde abkanzeln zu können: «Die Mainstream-Ökonomen gehen davon aus, dass die Märkte den vollkommenen Wettbewerb fördern und dass Fehler wie Monopole, Patente, Gewerkschaften und Preiskartelle stets vorübergehend sind. Des Weiteren nehmen diese Ökonomen an, dass die Marktteilnehmer vollkommene Information besitzen.» (S. 166) – Das ist einfach nur barer Unsinn. Doch Paul Mason ist überzeugt, es besser als das Heer der Ignoranten zu wissen. Die mit Blindheit geschlagenen Pappkameraden der Mainstream-Ökonomik schießt er mit Leichtigkeit ab²: «Bis zum Auftauchen der gemeinsam nutzbaren Güter lautete das grundlegende wirtschaftliche Gesetz, dass alles knapp ist. Angebot und Nachfrage setzen Knappheit voraus. Mittlerweile sind bestimmte Güter nicht mehr knapp, sondern im Überfluss vorhanden, womit Angebot und Nachfrage irrelevant werden... (S. 167) Die Informationstechnologie macht eine Nicht-Marktwirtschaft möglich und bringt eine Gruppe von Akteuren hervor, die bereit sind, ihr Eigeninteresse ausserhalb des Marktes zu verfolgen.» (S. 169)

Die «Netzwerkökonomie» (S. 173) bringt uns unvermeidlich in das Elysium des Post-

PAUL
MASON
POST
KAPITA
LISMUS
GRUNDRISSE EINER
KOMMENDEN ÖKONOMIE
SUHRKAMP



Paul Mason: Postkapitalismus.
Grundrisse einer kommenden
Ökonomie.

Suhrkamp, Berlin 2018
(Taschenbuchausgabe).

429 Seiten, circa Fr. 22.–

kapitalismus... – Dieser «Gedankengang» des Autors ist eine ins Kraut schießende leere Spekulation, die weder wahr noch falsch ist. Das Grundproblem ist, dass alles bloss behauptet, aber nichts begründet wird – und dies bei notorisch diffusen Begriffen, so dass auch unklar bleiben muss, was überhaupt jeweils «behauptet» wird. ■

¹ Das hindert den Autor übrigens keineswegs daran, zugleich eine krude Zyklen-theorie der «langen Wellen» des Kapitalismus – in der Version Nikolai Kondratjews (S. 61ff.) – mit Verve zu vertreten... Was Paul Mason als «Theorie» präsentiert, ist aber bloss ein beliebiges, irgendwie plausibel erscheinendes Narrativ der vergangenen Entwicklung des Kapitalismus seit seiner (prä-) industriellen Phase ab circa 1790 (wobei der «moderne» Industriekapitalismus erst circa

ab 1830 in den Zeitreihen Englands zu objektivieren ist, in anderen «fortschrittlichen» Ländern Westeuropas erst nach 1850).

² Wohlgermerkt: Auch ich bin überzeugt, dass die Mainstream-Ökonomik in vielem grundlegend falsch liegt, und das nicht nur zufällig, oder weil ihre VertreterInnen alles Dummköpfe wären, sondern weil in ihr ein ideologischer Bias einer kapitalistischen Apologetik eingewoben ist (Bündig

drückt es Karl Marx aus: Die Gedanken der Herrschenden seien in jeder Epoche die herrschenden Gedanken. In: ders., Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 46.). Erstens aber: Auch heterodoxe (Fach-) Ökonomen sind nicht immer vor Irrtümern und Borniertheiten gefeit. Und zweitens: Wirkmächtig kann eine Kritik an einem Gedankengebäude nur sein, wenn sie eine innere ist, und dafür muss man sich halt die Mühe nehmen, sich im Innern des als

fehlerhaft erachteten Gedankengebäudes zu bewegen, um sich darin immer besser orientieren zu lernen und es sorgfältig zu studieren, bis seine gesamte Statik am Ende wirklich von Grund auf verstanden wird. Erst wenn diese mühevollen Arbeit getan ist, kann eine Abrissbirne konstruiert werden, um das Gebäude zum Einsturz zu bringen.

Kompass fürs 21. Jahrhundert

Bemerkungen zu Paul Masons neuem Buch «Klare, lichte Zukunft».
Von Martin Stohler

Ist das Reich der Freiheit lediglich eine Fata Morgana oder bestenfalls eine Utopie? Selbst wer an die Möglichkeit glaubt, dass es auf Erden geschaffen werden kann, wird sich eingestehen müssen, dass derzeit wohl nicht die Mehrheit der Erdbevölkerung dorthin unterwegs ist.

In seinem Buch «Klare, lichte Zukunft» sucht Paul Mason nach Erklärungen, woher das kommt, weist auf beunruhigende Entwicklungen hin und zeigt, wo die Verteidigung der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit ansetzen kann.

Die Freiheit, wie Mason sie versteht, setzt voraus, dass wir Menschen in der Lage sind, unser Leben selbstbestimmt zu gestalten. Dies nicht als vereinzelte Individuen, sondern in bewusster Kooperation mit anderen. Dabei gilt für Mason wie schon für Marx, dass wir im Gegensatz zu Tieren eine Vorstellung von Dingen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die wir herstellen wollen, entwickeln können. Dieser Wille zur gesellschaftlichen Gestaltung wurde uns in den Jahrzehnten des Neoliberalismus abgesprochen und ausgetrieben. Nicht mehr politische Entscheide sollten gestaltend wirken, sondern anonyme Marktmechanismen alles regeln.

Die neoliberale Doktrin wurde nicht nur dadurch verbreitet, dass sie zeitweise im öffentlichen Diskurs allgegenwärtig und in vielen Medien dominant war. Denn gleichzeitig wurden viele traditionelle Arbeitsverhältnisse aufgelöst, Menschen mussten zu flexiblen Ich-AGs werden, soziale Netzwerke wurden zerrissen. Zudem wurden auch auf Seiten der Linken «der Mensch» als bewusst handelndes Wesen und «der freie Wille» in neuen Theorieansätzen in Frage gestellt.

Implosion eines Heilsversprechens

Es war zwar bald abzusehen, dass das neoliberale Versprechen, deregulierte Märkte und eine deregulierte Wirtschaft würden Wohlstand und Glück für jedermann bringen, nicht eingehalten wurde. Mit der Krise von 2008 und ihren Folgen wurde aber auch deutlich, dass es nicht ohne die zuvor gezeigten Staatseingriffe und Rettungsaktionen

ging und die neoliberalen Glaubenssätze untauglich sind.

Die Implosion des neoliberalen Heilsversprechens bringt viele Menschen – sei es, dass sie den sozialen Abstieg befürchten, sei es, dass sie bereits die Zeche bezahlen – dazu, nach neuen Orientierungspunkten zu suchen. Dabei stützen sie sich wieder verstärkt auf das «Eigene». Besonders gefährlich wird es dann, wenn sich Teile der finanzkräftigen Elite mit Gruppen des rechtsextremen Randes zusammentun und Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Nationalismus «salonfähig» wird. Als alarmierend empfindet Mason auch, dass mit dem Sammeln von immer mehr Daten (Stichwort: Facebook) und deren Auswertung durch Unternehmen wie Cambridge Analytica und mithilfe von Trollfabriken verdeckt in Wahlen und Abstimmungen eingegriffen werden kann. Sehr bedenklich stimmt auch, was Mason über die unregulierte Entwicklung von Künstlicher Intelligenz zu berichten weiss.

Spezies Mensch

Die Situation ist kritisch, aber Mason sieht auch mögliche Gegenkräfte im Entstehen. Computer, Internet, die Digitalisierung von Arbeits- und Planungsprozessen ermöglichen eine Vernetzung der Produzierenden. In solchen Zusammenschlüssen können Menschen zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden. Sie erlauben es – im Prinzip – auch, mit wesentlich weniger Arbeitszeit als früher die Dinge, die wir brauchen, herzustellen und setzen somit Zeit für anderes frei. Dies führt aber nur dann ins Reich der Freiheit, wenn sich die Menschen bewusst dafür entscheiden und entsprechend handeln, auch auf politischer, gesellschaftlicher, staatlicher und kultureller Ebene. Dabei, so Mason, «müssen wir uns auf eine Denkweise besinnen, die aus der Mode gekommen ist. Wir müssen den Menschen wieder in den Mittelpunkt unserer Weltsicht rücken – nicht die Maschine, nicht die Natur und nicht irgendwelche Untergruppen der Menschheit, die besondere Privilegien genießen, sondern unsere gesamte Spezies».

Was das konkret heisst, wird beim Lesen von Paul Masons gut 400 Seiten dickem



Paul Mason: Klare, lichte Zukunft. Eine radikale Verteidigung des Humanismus.

Suhrkamp, Berlin 2019.
 415 Seiten, circa Fr. 40.–

Buch deutlicher, als dies bei meiner sehr gedrängten Zusammenfassung der Fall sein kann. Anmerken möchte ich, dass Mason damit, dass er die Spezies Mensch mit ihrer Fähigkeit zur Kooperation derart ins Zentrum rückt, keineswegs die Klimakatastrophe kleinreden will. Das Gegenteil ist der Fall. Mason sieht hier wie auch in seinem Buch «Postkapitalismus» enormen Handlungsbedarf.

Paul Mason ist klar im linken Spektrum verortet. Er gibt sich indessen nicht damit zufrieden, Altes einfach wiederzukäuen, sondern nutzt seinen humanistischen Ansatz, kritisch weiterzudenken und zu verstehen, was sich alles verändert hat und dabei ist, sich zu verändern. Man kann sein Buch im stillen Kämmerlein lesen (zum Beispiel in den Weihnachtsferien) – noch grösseren Gewinn hat man wahrscheinlich davon, wenn man es gemeinsam mit FreundInnen liest und diskutiert! ■

Was lange währt, muss endlich gut werden!



Für die Regel- und Sonderschulen soll in Zukunft einzig die Erziehungsdirektion zuständig sein. Der Regierungsrat hat die längst erwartete Änderung des Volksschulgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Von Béatrice Stucki

Im März 2007 reichte Grossrat Simon Ryser (SP) eine Motion ein mit dem Titel «Die Erziehungsdirektion soll neu für die Sonderschulen zuständig sein». Damals – und heute noch – ist Bern der einzige Kanton, in welchem die Sonderschulen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und nicht der Erziehungsdirektion (ERZ) unterstellt sind. Dazu kam, dass mit der Einführung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ab 2008 die Kantone verantwortlich wurden für die Bildung der Kinder mit Beeinträchtigung. Die Motion von Simon Ryser wurde vom Grossen Rat in der Winter-Session 2007 ohne Gegenstimme überwiesen.

Widerspruch zur Gleichstellungspflicht

Nach heutigem Recht ist der Kanton nicht verpflichtet, Kindern mit Beeinträchtigung einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen. Kinder mit verstärktem Bedarf an sonderpädagogischen Massnahmen gelten als «ausgeschult» – verlieren also ihren Anspruch auf Bildung. Das bedeutet auch, dass die Eltern für ihr behindertes Kind selber einen Schulplatz suchen müssen. Diese

Tatsachen widersprechen der Forderung nach Gleichbehandlung und dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) diametral. Die Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung darf nicht anders behandelt werden, als diejenige «nicht behinderter» SchülerInnen, Lernenden oder Studierenden. Gestützt wird diese Forderung durch den Beitritt des Kantons zum Sonderpädagogik-Konkordat.

Recht auf Bildung

Mit der vorgelegten Gesetzesänderung schafft der Kanton diese Ungleichbehandlung ab und setzt die Forderung der Motion um. Die Verantwortung für die Bildung von Kindern mit Beeinträchtigung wechselt von der GEF zur ERZ. Die Volksschule soll aus Regel- und Sonderschulen bestehen und die Sonderschulbildung wird im Volksschulgesetz verankert. Am Grundsatz von integrativer und separativer Sonderschulung wird nichts geändert. Der Kanton muss mit Inkrafttreten des geänderten Volksschulgesetzes die notwendigen Schulplätze bereitstellen; die Eltern müssen nicht mehr selber einen Sonderschulplatz für ihr Kind suchen.

Mit dem Recht auf Bildung gilt auch für die Kinder, welche die Sonderschule besuchen, der Lehrplan21. Die persönlichen Ziele werden anhand des standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV) ermittelt und orientieren sich an den Bedürfnissen des Kindes – nicht mehr, wie heute, an einer Diagnose. Die Abklärung erfolgt durch die Erziehungsberatung in enger Zusammenarbeit mit den Eltern/Erziehungsberechtigten.

Der VPOD begrüsst diese Änderungen. Die Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle ist längst fällig.

Wichtige Anpassung bei den Anstellungsbedingungen!

Sonderschulen, auch Heilpädagogische Schulen genannt, sind in der Regel privatrechtlich organisiert. Die Trägerschaften sind Vereine oder Stiftungen, welche mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung abschliessen. Das hat auch Einfluss auf die Anstellungsbedingungen: das Lehreranstellungsgesetz (LAG) findet nicht zwingend Anwendung. Viele Sonderschulen orientieren sich zwar in ihren Anstellungsreglementen bereits heute am LAG, setzten dies jedoch nicht integral um. Hier will der Kanton eine «Angleichung» erreichen. Er kann aber, aufgrund der Rechtslage, keine vollständige Übernahme des LAG einfordern.

Konkret werden einige wichtige Anstellungskriterien in Zukunft auch für die Lehrpersonen der Sonderschulen gelten: Gehalt und Gehaltsentwicklung, Altersentlastung, Treueprämie, Weiterbildung und Arbeitszeit. Für die Anpassung der Lohnreihenungen wird eine Übergangsbestimmung die Fristen regeln. Mit dieser Angleichung ans LAG wird eine langjährige Forderung des VPOD umgesetzt: Die Lehrpersonen der Sonderschulen werden denjenigen der Regelschule in wesentlichen Punkten gleichgestellt!

Die erste Beratung der Gesetzesänderung erfolgt voraussichtlich in der Wintersession 2020 des Grossen Rates. Die Inkraftsetzung ist per 1.1.2022 vorgesehen. ■

Hinweis: Der Artikel ist erstmals erschienen in «Standpunkt 144», dort findet sich auch ein Interview mit Simon Ryser: <https://bern.vpod.ch/publikationen/standpunkt/>

Welche Ausbildung brauchen zukünftige Lehrerinnen und Lehrer?



Die Lehrpersonenbildung der PH FHNW steht in der Region Basel in der Kritik. Momentan vor allem bei den Studierenden: Die Ausbildung sei zu theoretisch und zu akademisch.

Von Kerstin Wenk

Auch die Gewerkschaft Erziehung im vpod befasste sich intensiv mit der Lehrpersonenausbildung. Im Speziellen mit der Abschlussprüfung mit Video. Hauptpunkte der Kritik waren seitens Studierenden, dass der Aufwand einerseits extrem hoch sei und dieser auf der anderen Seite zu einem höchst ungünstigen, eh bereits sehr stressigen Moment des Studiums stattfinden würde. Vor allem die Aufgaben, welche nicht direkt mit dem Unterricht zu tun hätten, würden sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. So zum Beispiel auch die Transkription des Unterrichts. Auch das Filmen in der Klasse stelle sich in der Praxis als schwierig heraus, dies vor allem im Kindergarten und in der Primarschule. Die Kinder würden sich schnell von der Kamera ablenken lassen. Dadurch würde der gefilmte Unterricht nicht die Realität darstellen. Weiter sehen die Studierenden den Mehrwert dieser sehr umfangreichen Arbeit für ihre Zukunft nicht. Sie erhalten nur eine Note ohne weitere Begründung zurück.

Die Praxislehrpersonen fanden es schade, dass sie für die Beurteilung der Studierenden nun keine Rolle mehr spielen sollen. Die Lehrpersonen fanden ebenfalls, dass der Aufwand extrem hoch sei und diese Prüfung nichts mehr mit Kindern im Klassenzimmer zu tun habe. Es zähle nicht mehr die Praxis oder der Umgang mit dem Kind, sondern auch hier würde schliesslich der wissenschaftliche Teil sehr zunehmen. Die Lehrpersonen wünschen sich aber junge Lehrerinnen und Lehrer, die vor allem pädagogisch gut im Klassenzimmer arbeiten.

Hearing über Ausbildung der Primarlehrpersonen

Diese Aussagen passen zur neueren Kritik der Studierenden gemäss den Studienbefragungen, welche die FHNW letztes Jahr durch-

geführt hatte. Einem Zeitungsartikel zufolge haben die Studierenden der Form der Abschlussprüfung auf einer Skala von 1 bis 6 der PH eine Gesamtnote von 3,2 gegeben. Also eine ungenügende Note.

Im Kanton Baselland lädt die zuständige Bildungsdirektorin Monica Gschwind zu einem Austausch betreffend Ausrichtung der Primarlehrpersonenausbildung ein. Themen sind: Bachelorsabschluss versus Masterabschluss; Praxiseinbezug in der Ausbildung; «Allrounder» versus Spezialisten etc. An diesem Austausch werden Lehrpersonen, Berufsverbände, der vpod region basel und Studierende teilnehmen. Im Vorfeld dieses Hearings bot die Rektorin der PH FHNW den Studierenden eine «bezahlte» Vorbereitungssitzung an, dies um die Argumente zu schärfen. Diese Aktion sowie die schlechten Resultate der Studie, welche den vier Trägerkantonen bis heute noch nicht präsentiert wurde, führte auch seitens der Politik zu heftiger Kritik. Die Stimmung ist angespannt, denn die Kantone haben eben erst 300 Millionen Franken in den Campus der FHNW in Muttenz investiert.

Auch dauert die Kritik an der Lehrpersonenbildung schon länger an. Der vpod ist froh, kommt nun endlich Bewegung in die Debatte über die Ausbildung. ■



«Geflüchtete – Bildung, Integration, Emanzipation»

Vernetzungstreffen

18. Januar 2020, 10 – 13 Uhr

Casa d'Italia, Bühlstrasse 57, 3012 Bern

Auf Basis der Ergebnisse

unserer Fachtagung vom September 2019 diskutieren und verabschieden wir am 18. Januar 2020 in Bern das überarbeitete Thesenpapier «Gleichwertige Bildung für alle – keine Diskriminierung von Geflüchteten!». Das Treffen bildet den Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen und Aktionen für bessere Bildungsangebote und -chancen für Geflüchtete in der Schweiz.

Eingeladen sind alle Interessierten und Engagierten. Nach der Anmeldung erhalten die Teilnehmenden des Vernetzungstreffens die überarbeitete Version des Thesenpapiers.

Anmeldungen für das Vernetzungstreffen (10-13 Uhr) sowie ggf. für das anschliessende Mittagessen bitte per E-Mail an sekretariat@sosf.ch

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich